

N° 33

Politorbis

*Periodische Zeitschrift zur Aussenpolitik
Revue périodique de politique étrangère
Rivista periodica di politica estera*

www.eda.admin.ch/politorbis

*Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
Département fédéral des affaires étrangères
Dipartimento federale degli affari esteri*

Iran Wirklichkeiten in Bewegung

Mit Beiträgen von:

Avec des contributions de:

Daniela Meier, Tim Guldemann, Farian Sabahi, Guillaume Scheurer, Pascal Muller, Simon Ammann und Kim Sitzler

*Zentrum für Analyse und prospektive Studien (ZAPS)
Centre d'analyse et de prospective (CAP)
Centro d'analisi e di prospettiva (CAP)*

2 / 2003

Politorbis

*Periodische Zeitschrift zur Aussenpolitik
Revue périodique de politique étrangère
Rivista periodica di politica estera*

N°33 2 / 2003

Vorwort	Ulrich LEHNER	3
Helvetiens guter Draht zum Pfauenthron – Die Beziehungen der Schweiz zu Iran (1946-1978)	Daniela MEIER	5
Islamische Republik Iran: Innen- und Aussenpolitik	Tim GULDIMANN	12
Political Cartoons in Iran	Farian SABAHI	21
Etat actuel des relations bilatérales vues de l'Ambassade suisse à Téhéran	Guillaume SCHEURER	31
Situation économique de l'Iran	Pascal MULLER	35
Verhandlung statt Verurteilung: Die Schweiz beginnt in diesem Jahr einen Menschenrechtsdialog mit Iran	Simon AMMANN	39
Iran, quo vadis? Eine Rück- und Vorschau	Kim SITZLER	46
Iran als Objekt – Kurzbibliografie zur Iranforschung in der Schweiz		55
Iran – einige Daten		59

Vorwort

Ulrich LEHNER *

Die Herrscher der Qâdschâren-Dynastie (1796-1925) und der Pahlavî-Dynastie (1926-1979) öffneten Iran zunehmend westlichen Einflüssen, zunächst im militärischen Bereich, dann in der Wirtschaft, der Verwaltung, der Erziehung und im Recht. Iran wurde nach westlichem Vorbild modernisiert, häufig ohne Rücksicht auf den Willen des Volks. Die westlichen Grossmächte unterstützten dieses Projekt nach Kräften, unbesehen der diktatorialen Form, mit der es vorangetrieben wurde. Iran war in den Augen der Öffentlichkeit dabei, Bestandteil der westlichen Welt zu werden.

Die Reaktion der iranischen Bevölkerung auf das erzwungene Modernisierungsprojekt kam spät, dafür umso heftiger. Mit der islamischen Revolution von 1979 wurde das eben noch „westliche“ Iran in den Augen vieler plötzlich zum Inbegriff des Anders, des Irrationalen und des Unverständlichen. Das Bild Irans als gewalttätige und irrationale Gesellschaft wurde erfolgreich mittels publikumswirksamen Büchern und Filmen gestärkt und verbreitet. George W. Bush verlieh dieser Auffassung in seiner Rede vom 28. Januar 2002 einen einprägsamen Namen: Iran gehörte nun zur „Achse des Bösen“.

Die Revolution von 1979 war ein radikaler Versuch, eine kulturelle Identität zu retten und das Auseinanderbrechen der iranischen Gesellschaft zu verhindern. Nach einer langen monarchischen und einer kurzen klerokratischen Periode ist Iran heute dabei, die Weichen für seine Zukunft zu stellen. Die heutige Form einer religiös kontrollierten Demokratie hat einen deutlichen Legitimitätsverlust zu verzeichnen, auch wenn sich die Religion in der Regierungsverantwortung dynamisiert hat. Seit der Revolution haben sich grundlegende Merkmale einer tiefgehenden Modernität herausgebildet. Dazu gehört nicht nur eine lebendige Zivilgesellschaft, die sich in Printmedien und im Internet ausdrückt, sondern auch die Dysfunktionen einer modernen urbanen Gesellschaft (Politikmüdigkeit, Umweltprobleme, Drogen, Selbstmord etc.). Iran nimmt zwischen Afganistan und dem Irak, zwischen Pakistan und Saudiarabien eine

* Botschafter Ulrich Lehner ist Chef des Zentrums für Analyse und prospektive Studien des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten.

– in mancher Hinsicht viel versprechende aber auch bedrohte – Ausnahmerolle ein. Den Lesern diese näher zu bringen, ist das Ziel dieses Hefts.

Botschafter Tim Guldemann beleuchtet in diesem Heft die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft sowie die iranische Aussenpolitik; Farian Sabahi illustriert satirischen Umgang mit der Politik; Guillaume Scheurer und Daniela Meier zeichnen Aspekte der bilateralen Beziehungen zwischen Iran und der Schweiz auf; Pascal Müller informiert über die wirtschaftliche Situation des Landes; Simon Amman geht auf Pendenzen und Fortschritte im Bereich der Menschenrechte ein und Kim Sitzler zeigt Konstanten und Brüche auf dem Weg in die Zukunft auf. Ein bibliographischer Kurzführer macht, zu guter Letzt, auf schweizerische Iranforschung aufmerksam.

Bonne lecture!



~ — TM

Les opinions exprimées dans ce numéro ne reflètent pas forcément celles du DFAE ou de la Suisse.

Helvetiens guter Draht zum Pfauenthron – Die Beziehungen der Schweiz zu Iran (1946 – 1978)

Daniela MEIER *

Der Schâh von Persien und die Schâhbânû in Pelz gehüllt geniessen eine Schlitteda im Engadin. Angehörige der Kaiserfamilie Irans decken sich in Genfs feinsten Geschäften mit Kostbarkeiten ein. Der Aufenthalt des Schâhs von Iran und seiner Familie wurde in der Schweizer Regenbogenpresse und den Tageszeitungen jeweils ausführlich dokumentiert und schien seinen kaiserlichen Glanz auf die Alpendemokratie zu werfen.

Die „besondere Beziehung“ des Schâhs zur Schweiz prägen die diplomatischen Beziehungen

Tatsächlich waren die Beziehungen der Schweiz zu Iran nach dem zweiten Weltkrieg bis zur iranischen Revolution 1979 von der persönlichen Verbundenheit Schâh Mohammad Rezâ Pahlavîs mit der Schweiz geprägt. Der letzte Herrscher auf dem Pfauenthron hatte zwischen 1932 und 1936 seine Jugendzeit am Genfersee verbracht und reiste ab 1968 bis 1975 jährlich mit seinem Gefolge nach St. Moritz in die Skiferien. Diese privaten Ferienaufenthalte des Staatsoberhauptes prägten die schweizerisch-iranischen Beziehungen dadurch, dass sie immer von offiziellen Höflichkeitsgesten von Seiten der Bundesbehörden begleitet waren (aufwändig waren v. a. die Sicherheitsvorkehrungen). Ferner liess sich beim autokratisch herrschenden Schâh Irans die private kaum von der offiziellen Sphäre trennen. Dies zeigte sich deutlich Mitte der 1970er Jahre, als Mohammad Rezâ Schâh für die Industrieländer zu einem begehrten Verhandlungspartner in Wirtschaftsfragen wurde und dieser selbstbewusst den internationalen Reigen der Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft in St. Moritz und Zürich tanzen liess. Höhepunkt bildeten im Frühjahr 1975 die Aufsehen erregenden Treffen des Schâhs mit dem französischen Präsidenten Giscard d'Estaing in St. Moritz und dem amerikanischen Aussenminister Henry Kissinger in Zürich. Allerdings diente die Schweiz dabei nur als Kulisse und blieb, abgesehen von den aufwändigen Vorkehrungen zum Schutze der internationalen Persönlichkei-

* Dr. Daniela Meier ist Strategic and Business Analyst.

ten, gänzlich davon ausgeschlossen. Bis Mitte der 1970er Jahre war nämlich das aussenpolitische Interesse der Schweiz an Iran begrenzt geblieben.

Ein erstes Interesse an Beziehungen mit Iran hatte die Schweiz nach dem Börsenkrach 1929 entwickelt, als sie Ersatzmärkte für die zerfallende Wirtschaft in Europa suchte. Doch kaum waren die diplomatischen Beziehungen aufgenommen, um der schweizerischen Wirtschaft den Zugang nach Iran zu erleichtern, brach der Zweite Weltkrieg aus. Nach dem Krieg wurde Iran zwar immer noch als potentieller Absatzmarkt wahrgenommen, aber das Interesse der Schweiz war erlahmt. Die schweizerische Exportwirtschaft war in der Konjunktur nach dem Krieg nämlich vollständig ausgelastet, so dass auch die Bundesbehörden den diplomatischen Beziehungen zu diesem Land nur untergeordnete Priorität beimassen – ungeachtet der Berichte durch die Schweizer Botschafter in Teheran.

Erst die Wirtschaftskrise nach der Erhöhung des Ölpreises 1973/74 veranlasste die Bundesbehörden, diesem ölreichen Land wieder Aufmerksamkeit zu schenken. Treibende Kraft hinter der Intensivierung der Beziehungen zu Iran waren schweizerische Wirtschaftskreise, welche auf dem boomenden Markt dieses Ölstaates unbegrenzte Absatzmöglichkeiten für ihre (im internationalen Vergleich teuren) Produkte sahen. Wie in den 1930er Jahren verfolgte die Schweiz mit der Vertiefung der diplomatischen Beziehungen zu Iran in den 1970er Jahren einen wirtschaftlichen Zweck, nämlich die Exportförderung und damit die Erhaltung von Arbeitsplätzen. Sie richtete also ihren Fokus erst wieder nach Iran, als einerseits ihre Wirtschaft in ernsten Schwierigkeiten steckte und andererseits das Land als ein zahlungskräftiger Handelspartner galt. Dagegen beteiligte sich die Schweiz verglichen mit anderen westeuropäischen Ländern erst spät und in recht bescheidenem Umfang an den jahrzehntelangen Investitionsprogrammen Irans. Trotzdem erreichte die Schweiz, dass das Pahlavî-Regime 1977 die Branchenvertreter der schweizerischen Wirtschaft auf höchster Ebene in einer gemischten Wirtschaftskommission empfing. Allerdings organisierte sich gegen diese aussenwirtschaftliche Massnahme sichtlich Widerstand in der schweizerischen Öffentlichkeit, welcher sich in der Politisierung der schweizerischen Exporte von Kriegsmaterial nach Iran ausdrückte.

Die Schweiz übt sich in maximaler Passivität während des Ölkonflikts 1951-1953

Dabei war Iran schon vor dem Ölboom in den 1970er Jahren ein strategisch wichtiges Land im Ost-West-Konflikt. In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg geriet Iran ins Spannungsfeld der divergierenden Politik der Alliierten und wurde so zu einem Schauplatz des Kalten Kriegs. Die Schweiz ihrerseits war in jenen Jahren politisch isoliert und suchte eine neutrale Position zwischen den sich herausbildenden westlichen und östlichen Bündnisblöcken zu halten. Aus diesem Grund verfolgten die Schweizer Vertreter in Teheran während der Aserbaidshankrise 1946 mit Aufmerksamkeit die Politik der Grossmächte und die aussenpolitische Strategie Irans, um einer Aufteilung zwischen den rivalisierenden Grossmächten zu entrinnen. Nach dem Zweiten Weltkrieg zögerte die Sowjetunion, ihre Truppen wie vereinbart aus Iran abzuziehen, und versuchte darauf, ihre lange Grenze zu Iran mit einer ihr «freundlich gesinnten» Regierung in Teheran zu sichern. Die Vereinigten Staaten und Grossbritannien versuchten dies aus militärstrategischen respektive aus wirt-

schaftlichen Gründen zu verhindern. Die Schweizer Vertreter in Iran wurden somit Zeugen eines ersten Modellfalls des Kalten Kriegs, bei dem die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion ihre aussenpolitischen Interessen im Mittleren Osten durchzusetzen versuchten, ohne einen neuen Krieg zu provozieren. Die ohnmächtige Situation Irans erschien den Schweizer Vertretern der Situation ihres eigenen Landes ziemlich ähnlich zu sein, zumal die neutralistische Haltung Irans bis zur Invasion der Alliierten und die Unterhaltung guter Beziehungen Irans zu allen Grossmächten in der unmittelbaren Nachkriegszeit Parallelen zu den aussenpolitischen Strategien der Schweiz (Neutralität und Universalität) aufwies. Allerdings schenkte das politische Departement der Aserbaidshankrise wenig Beachtung, konzentrierte sich doch Bern in erster Linie auf die politischen Entwicklungen in Europa.

Ein halbes Jahrzehnt später rückte Iran abermals ins Zentrum des Weltgeschehens, als sich die nationalistische Regierung unter Mohammad Mosaddeq mit der britischen Anglo-Iranian Oil Company wegen der Ausbeutung der iranischen Ölvorkommen anlegte. Der Streit weitete sich bald in eine politische Krise aus und artete mit der Einmischung der Grossmächte zu einem internationalen Konflikt aus. Die nationalistische Regierung wurde von den Westmächten zur kommunistischen Gefahr erklärt und in einem spektakulären Coup d'Etat mit Hilfe der britischen und amerikanischen Geheimdienste im August 1953 gestürzt.

Der sich verschärfende Ost-West-Konflikt zu Beginn der 1950er Jahre hatte die Haltung der Konfliktparteien wie der Schweizer Diplomaten in Teheran radikalisiert. Die Schweizer Vertretung ergriff nun klar Partei für die anglo-amerikanische Position. Allerdings weniger, weil die Schweizer eine kommunistische Regierung in Iran fürchteten, sondern weil sie die Emanzipationsbestrebung Irans verurteilten. Die schweizerische Optik untermauert damit die These, dass es sich im Konflikt ums iranische Öl in erster Linie um einen Nord-Süd-Konflikt (zwischen Grossbritannien bzw. den Vereinigten Staaten und Iran) handelte, in dem die Westmächte Argumente des Ost-West-Konfliktes instrumentalisierten, um sich den Zugang zum iranischen Öl zu sichern. Die Schweiz stand auf der Seite der ehemaligen Kolonialmacht Grossbritannien. Ein Grund dafür ist sicher darin zu suchen, dass die Briten zu jener Zeit eine hilfreiche Stütze für die schweizerische Neutralitätspolitik in Europa waren. Ein weiterer Grund dürfte die Tatsache gewesen sein, dass die Schweiz selber von Verstaatlichungen schweizerischen Besitzes im Ausland betroffen war (bspw. in Osteuropa) und deshalb für die britische Haltung mehr Verständnis hatte.

Trotz dieser pro-westlichen Haltung erlitt das Image der neutralen Schweiz international gesehen keinen Schaden. Der iranische Premierminister war jedenfalls so sehr von der schweizerischen Unparteilichkeit überzeugt, dass er in der neutralen Vermittlung der Schweiz die letzte Hoffnung in der verfahrenen Situation erblickte. Dies, obwohl die Schweiz nach dem Abbruch der britisch-iranischen Beziehungen die britischen Interessen in Iran vertrat. Bern aber orientierte sich an London und lehnte die iranische Anfrage um Vermittlung ab. Das Image der neutralen Schweiz versuchten zudem gerissene Unternehmen für ihre Geschäfte mit dem von der iranischen Regierung verstaatlichten Öl einzusetzen, indem sie ihre Öltanker unter schweizerischer Flagge auslaufen liessen oder für die Verhandlungen mit der iranischen Regierung Schweizer Geschäftsleute einsetzten. Da sich die Bundesbehörden auf keinen Fall mit London anlegen wollten, wählten sie die Strategie der maximalen Passivität: Sie boten den unter britischen Druck geratenen Schweizer Geschäftsleuten einerseits

keine Schützenhilfe und andererseits gaben sie den diplomatischen Druck Grossbritanniens kaum an die Privatwirtschaft weiter.

Schweizerische Exportinteressen contra Opposition zum Pahlavî-Regime

Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern nahmen im Laufe der 1970er Jahre eine drastische Wende. Während sich die schweizerische Öffentlichkeit mit unbequemen ethischen Fragen in die Aussenbeziehungen der Schweiz zu Iran einzumischen begann, weckte der Ölboom in Iran das Interesse der schweizerischen Exportwirtschaft an diesem Land. Gegenüber der Öffentlichkeit sahen sich die Bundesbehörden gezwungen, in der Ehrenbezeugung und den Dienstleistungen gegenüber der iranischen Kaiserfamilie mehr Zurückhaltung zu üben. Nachdem sich die Gegnerschaft gegen das Regime in Iran zunächst auf die Studentenkreise und die Neue Linke Bewegung in der Schweiz konzentriert hatte, weitete sich die Kritik an den sozialen und politischen Verhältnissen in diesem Land im Laufe der 1970er Jahre weiter aus. Die Gegenreaktion des Pahlavî-Regimes und seiner Vertreter in der Schweiz folgte jeweils auf dem Fusse. Die Bundesbehörden gerieten zunehmend in die heikle Lage, die ablehnende Haltung in der schweizerischen Bevölkerung gegen den Herrscher Irans gegenüber den Empfindlichkeiten in Teheran auszubalancieren. Dabei hielt sich das politische Departement bis zur iranischen Revolution ausschliesslich an die Informationen aus offiziellen Kreisen Irans und fühlte sich sogar bemüssigt, diese in der schweizerischen Öffentlichkeit zu verteidigen.

Mit der Besetzung des iranischen Generalkonsulates in Genf – dem Höhepunkt der gegnerischen Manifestationen – und seiner Entlarvung als wichtigste SÂVÂK-Zentrale in Europa im Jahr 1976, versetzte die iranische Opposition nicht nur dem Machtapparat des Pahlavî-Regimes einen empfindlichen Schlag, sondern sabotierte auch erfolgreich die «besondere Beziehung» Schâh Mohammad Rezâ Pahlavîs zur Schweiz. Die iranische Opposition erreichte damit zwei Ziele auf einen Streich: Erstens lieferten sie einen Beweis für ihre Anschuldigungen, dass das iranische Generalsekretariat in Genf eine Zentrale des iranischen Sicherheitsdienstes war, und zweitens kompromittierten sie den Schâh auf diese Weise international. Die Gegner des Pahlavî-Regimes wussten dabei die rechtsstaatlichen Strukturen geschickt für ihre Ziele einzusetzen, so dass schliesslich eine Strafverfolgung der Besetzer ohne eine weitere Desavouierung des Regimes unmöglich war. Dass sich dies in dem Lande abspielte, mit dem sich Schâh Mohammad Rezâ Pahlavî durch seine Jugendjahre besonders verbunden fühlte, war für den Monarchen – wie er selber zum Ausdruck brachte – ziemlich bitter.

Mit der Besetzung des iranischen Konsulates erreichte die «besondere Beziehung» des Schâhs zur Schweiz den absoluten Tiefpunkt. Die offiziellen Beziehungen erholten sich oberflächlich relativ rasch, wobei sowohl schweizerischer- wie iranischerseits allein wirtschaftliche Argumente dafür sprachen. Die Schweizer Diplomatie konzentrierte sich in der Folge ganz auf den Primat der Aussenwirtschaft und ignorierte die kritischen Stimmen über ihre Politik oder über die politische Situation in Iran. Nachdem die Schweiz seit der Aufnahme der offiziellen Beziehungen im Jahr 1936 eine recht desinteressierte Haltung gegenüber Iran pflegte und – mehr als Verlegenheitslösung – auf die «besondere Beziehung» als Merkmal der Beziehungen zwischen den beiden Ländern zurückgegriffen hatte, musste sie sich zu Beginn der 1970er

Jahre darum bemühen, der schweizerischen Privatindustrie Zugang zum boomenden iranischen Markt zu verschaffen. Dabei vernachlässigte die Schweizer Diplomatie die Analyse der sozialen und politischen Verhältnisse in diesem Land. Die aussenpolitische Konzeptlosigkeit gegenüber Iran und die einseitige Ausrichtung der Beziehungen auf die Wirtschaft führten zu einer fatalen Fehleinschätzung der politischen Verhältnisse in diesem Land. Der Sturz Schâh Mohammad Rezâ Pahlavîs im Januar 1979 zwang die Schweiz endgültig, ihre Beziehungen zu Iran zu überdenken.



Ernest Perron © Jean-Christoph Musy

Hofnarr oder Spion ? – Die Karriere eines Schweizer Gärtners am kaiserlichen Hof Irans

Mohammad Rezâ Pahlavî wurde als Kronprinz in ein Internat am Genfersee geschickt, weil die Schweiz als Land ohne koloniale Ambitionen seit der Jahrhundertwende recht beliebt war unter der iranischen Elite. Damit folgte Schâh Rezâ Pahlavî dem Beispiel vieler angesehener Familien Irans. Sein Sohn und Thronfolger sollte zwischen September 1931 und April 1936 in der französischsprachigen Schweiz eine moderne Ausbildung nach europäischem Vorbild erhalten. Am Privatinstitut Le Rosey in Rolle befreundete sich der Prinz mit Ernest Perron, dessen Vater als Hauswart an der Schule arbeitete. Im Juni 1936 verliess Perron das Quartier der Hausangestellten in Le Rosey und folgte Mohammad Rezâ Pahlavî an den kaiserlichen Hof. Nach der Thronbesteigung seines Freundes 1941 erhielt Perron den inoffiziellen Posten des „Privatsekretärs Seiner kaiserlichen Majestät dem König der Könige“ bis er 1954 plötzlich von der Szene verschwand. Ernest Perron,

der 1908 in Genf geboren war, reiste im Sommer 1961 krank in die Schweiz zurück und starb bald darauf in Beatenberg, wo er auch begraben wurde.

Die Rolle Ernest Perrons am kaiserlichen Hof Irans war unter seinen Zeitgenossen höchst umstritten. Einerseits stand Perron im Ruf, ein unverbesserlicher Intrigant zu sein, der sich nicht nur in alle familiären Angelegenheiten der Pahlavîs, sondern auch in die personellen Entscheidungen Mohammad Rezâ Schâhs eingemischt haben soll. Aufgrund seiner Kontakte zu ausländischen Botschaftern wurde er zudem von iranischer Seite verdächtigt, ein Zuträger für den britischen und den amerikanischen Nachrichtendienst zu sein. Andererseits schilderten der Schweizer Botschafter wie auch iranische Freunde den Intimus des Schâhs als ehrlich, scheu und eher naiv. Bei genauem Studium der verschiedenen Aussagen über Ernest Perron muss der Schluss gezogen werden, dass sich der Schweizer zwar im Laufe der Jahre die Klaviatur der höfischen Intrigen aneignete und meisterhaft beherrschte, jedoch bei politi-

schen Entscheiden des Schâhs keine Rolle spielte. Wahrscheinlich weihte Mohammad Rezâ Schâh seinen Vertrauten nicht einmal in die Vorbereitungen des Coup d'Etat von 1953 ein.

Seine homosexuelle Neigung und sein bohemienhaftes Auftreten erweckten das Misstrauen sowohl der Mitglieder am Hof als auch ausländischer Botschafter und nährte wilde Spekulationen über die Beziehung zwischen Perron und dem Schâh. Perron besass –zum grossen Missfallen der beiden ersten Ehefrauen des Schâhs, Prinzessin Fawziyya und Sorayyâ Bachtiyâr Esfandiyârî – das Privileg, Zugang zum Schlafzimmer des Herrschers zu haben und dort täglich über eine Stunde mit ihm alleine zu verbringen.

Der junge Schâh schien grosses Vertrauen in seinen Freund zu haben und sandte ihn im August 1941 zu seinem nach Südafrika verbannten Vater Rezâ Pahlavî. Obwohl Rezâ Pahlavî nie viel Sympathie für Perron gehegt hatte, empfing er ihn und die Mission war ein Erfolg. Im Grunde aber hatte Perron keine offizielle Funktion am Hofe inne, sondern war der persönliche Laufbursche des Schâhs und war gänzlich von dessen Wohlwollen abhängig. Im Laufe der Jahre eignete sich Perron genug Selbstvertrauen an, um seine prekäre Stellung am kaiserlichen Hof zu festigen. Da er relativ bald die Regeln des Hofes in Iran begriffen hatte, bediente er sich der Intrige als Strategie des Überlebens. Selbst angesehene adlige Familien und hochgestellte Funktionäre fürchteten seine Machenschaften. In diesem Zusammenhang erhielt er die wenig schmeichelhaften Beinamen «Rasputin» und «diabolischer Schweizer». Wer sich allerdings gut mit dem Vertrauten des Schâhs stellte, konnte sich auf dessen Hilfe, den gewünschten Posten in der Verwaltung oder in der Armee zu erhalten, verlassen. Eine weitere Strategie bestand darin, sich als Graue Eminenz des Hofes auszugeben, die alle einflussreichen Leute in Iran kannte und über alle Vorgänge im Lande Bescheid wusste. Nicht umsonst bemühte sich Perron, mit britischen und amerikanischen Nachrichtendiensten in Kontakt zu kommen und sich den Anschein eines Insiders zu geben. Die Nachrichtendienste aber schätzten ihn als zu wenig verschwiegen ein und trauten ihm nicht.

Der britische Botschafter bezeichnete Perron als Hofnarren, dessen alleinige Aufgabe darin bestand, die Leere am Kaiserhof zu füllen. Während die britische Botschaft dem Intimus des Schâhs eher reserviert gegenüber stand und dessen demonstrative Anglophilie skeptisch zur Kenntnis nahm, schätzte die Schweizer Gesandtschaft Perron als ihren direkten Verbindungsmann zum Schâh.

Interessanterweise ist aus den Dokumenten der Schweizer Botschaft nicht ersichtlich, warum Ernest Perron im Frühjahr 1954 seiner Funktion enthoben und aus dem Umkreis des Schâhs verbannt wurde. Sir Denis Wright, britischer Botschafter ad interim in Teheran nach dem Coup d'Etat gegen die Regierung Mosaddeqs, bringt das Verschwinden Perrons mit einer missglückten Mission des Privatsekretärs in Verbindung: Im Dezember 1953 hatte der Schweizer Botschafter auf Wunsch des Schâhs den britischen Botschafter ad interim zusammen mit Perron zum Abendessen eingeladen, womit Mohammad Rezâ Schâh bezweckte, seinen Premierminister Zâhedî in der Aushandlung eines neuen Ölabkommens mit den Briten auszuschliessen. Doch der britische Gesandte, Denis Wright, durchkreuzte diesen Plan und informierte Zâhedî über das Vorgehen des Schâhs. Nach Wrights Angaben tobte der Schâh vor Wut, dass er dessen Absicht zunichte gemacht hatte. Da der Monarch seine Frustra-

tion unmöglich am britischen Gesandten auslassen konnte, bestrafte er an dessen Stelle seinen glücklosen Emissär: Perron verlor seine Stellung als Vertrauter und Privatsekretär und damit seine Daseinsberechtigung am Hof. Nach einem Selbstmordversuch lebte der Schweizer bis zu seinem Tode im Jahre 1961 völlig zurückgezogen im Palast der älteren Schwester des Schâhs, Schams Pahlavî.

Es scheint, dass Perrons Verschwinden von Mohammad Rezâ Schâhs Seite einen Zusammenhang mit dem Beginn der neuen Funktion des Pfauenthrons hatte: Der Schâh definierte nämlich seine Rolle als Monarch nach dem Staatsstreich neu und beschloss, Iran nicht nach der konstitutionellen Verfassung zu repräsentieren, sondern über sein Land zu herrschen. Er nabelte sich von den ersten unsicheren Jahren seiner Regentschaft und dem Image eines jungen, unentschlossenen Monarchen ab.

Daniela Meier hat ihre Dissertation dem Thema der schweizerisch-iranischen Beziehungen gewidmet. Sie ist erschienen unter dem Titel: ***Helvetias guter Draht zum Pfauenthron. Die Beziehungen der Schweiz zu Iran 1946-1978.*** Zürich Orell Füssli 2002. Fr. 59.-

~ — TM

Islamische Republik Iran: Innen- und Aussenpolitik

Tim GULDIMANN *

1. Profil einer politischen Kultur

Jedes Land entwickelt in seiner Geschichte **Eigenheiten, die das Profil seiner politischen Kultur zeichnen**. Im Falle Irans lässt sich dieses Profil nicht von Gemeinsamkeiten mit andern Ländern, sondern von der **Andersartigkeit** und der **Abgrenzung** gegenüber seiner Umwelt ableiten: Die Perser sind Indo-Europäer und stehen uns in Sprache und Denken näher als ihre türkischen und turkmenischen Nachbarn im Norden und die Araber im Westen. Im Gegensatz zur grossen sunnitischen Mehrheit im islamischen Raum und zu fast allen Nachbarn sind die Iraner Schiiten. Und im Gegensatz zu allen andern Staaten der Region – mit Ausnahme von Ägypten – blicken die Perser auf eine 2500-jährige Geschichte nationaler Kontinuität zurück, die sie die Fähigkeit gelehrt hat, durch ständige Anpassung ihre Eigenheiten zu bewahren: Den Islam haben sie übernommen, ihre Sprache haben sie behalten. Diese Andersartigkeit hat das Land in ein schwieriges Umfeld geführt: Iran hat 15 Nachbarn, aber keine nahen Freunde.

Versucht man, zum Verständnis iranischer Politik **besondere Charakterzüge** dieses nationalen Profils zu bestimmen, dann bieten sich dafür – neben andern – **drei Eigenschaften** an:

- Aufgeklärte Europäer haben Schwierigkeiten mit dem iranischen **Wahrheitsverständnis**, das zulässt, verschiedene Wahrheiten nebeneinander gelten zu lassen, und das gleichzeitig erlaubt, Widersprüche nicht eskalieren zu lassen (die Revolution von 1979 bestätigte als Ausnahme diese Regel). Dies hat mit Toleranz oder Pluralismus im westlichen Sinn nichts zu tun, stärkt aber die Kompromissbereitschaft und trägt zum politischen Ausgleich bei. Im schiitischen Islam können verschiedene Ayatollahs ihrer Gemeinde verschiedene Grundsätze auferlegen, die sich widersprechen können. Dies betrifft selbst den Kern der islamischen Re-

* Dr. Tim Guldumann ist Schweizer Botschafter in Teheran.

volution: die Übernahme staatlicher Macht durch den Klerus. Immer mehr Kleriker stellen ihn heute in Frage und fordern den Rückzug des Klerus aus der Politik zur Wahrung der Religion. Seine positive Ausprägung hat das schiitische Wahrheitsverständnis im Gebot, die Suche nach der Wahrheit in der Diskussion verschiedener Positionen ständig fortzusetzen und damit religiöse Regeln der gesellschaftlichen Entwicklung laufend anzupassen. Dieses Fortschrittsgebot ist modern und erlaubt sowohl die klare Abgrenzung zum sunnitischen Fundamentalismus, als auch eine politische Reformdebatte im Rahmen des islamischen Staates. Ein anderer Aspekt des schiitischen Wahrheitsverständnisses ist „Taahieh“, das Gebot, zum eigenen Schutz den wahren Glauben zu verbergen. In der negativen Ausprägung lässt diese Tradition es aber auch zu, das Nebeneinander verschiedener ‚Wahrheiten‘ auszunützen: Die Iraner haben in ihrer Sprache wohl etwa gleichviele Wörter für ‚Betrug‘ wie die Eskimos für ‚Schnee‘.

- Der schiitische Islam ist konstitutiv für die nationale Identität. Sein historisches Schlüsselereignis ist die Schlacht von Kerbala, 680 n.Chr, in der Hussein, der Sohn Alis, von der sunnitische Übermacht getötet wurde: Er starb im Namen der Gerechtigkeit und begründete einen **Opferkult**, der nicht nur in den alljährlichen Prozessionen zum Jahrestag der Schlacht, sondern generell in der politischen Kultur nachwirkt: Iran sieht sich immer als Opfer fremder Ungerechtigkeit, die sein Schicksal bestimmt. Aus dieser **Perspektive des Leidens** fühlt sich das Land vom Ausland stets missverstanden und betrogen, als Opfer ausländischer Propaganda und Aggression.
- Ehre und Selbstwertgefühl erhalten in den Beziehungen zu anderen Staaten einen besonderen Stellenwert, dem sich nationale Interessen unterordnen: **Ehre steht über Interessen**. So wurden wiederholt Regierungskontakte mit andern Staaten – Kontakte, an denen ein überwiegend iranisches Interesse hätte angenommen werden können – von Teheran nicht wahrgenommen, weil das angebotene protokollarische Niveau der Gesprächspartner den iranischen Erwartungen nicht entsprach.

2. Spannungsverhältnis zwischen gesellschaftlichem Wandel und politischem System

Die iranische Gesellschaft hat in den letzten 10 Jahren einen rasanten **Umbruch** vollzogen, mit dem die wirtschaftliche Entwicklung und die politischen Reformen nicht Schritt halten können. Der Umbruch zeigt sich einerseits **demographisch**: Heute sind **zwei Drittel der Bevölkerung jünger als 29 Jahre**, sie haben die Revolution nicht erlebt – zumindest nicht bewusst – und vom Krieg mit dem Irak (1980-88) bleiben ihnen allenfalls Kindheitserinnerungen. Andererseits hat sich die Gesellschaft **von einer traditionellen ländlichen Gesellschaft mit starken kollektiven und durch die Grossfamilie geprägten Orientierungen zu einer städtischen modernen Gesellschaft mit individuellen Orientierungen gewandelt**. Dieser Prozess vollzieht sich erst in den letzten Jahren in der zweiten Generation der zuvor in die städtischen Agglomerationen gezogenen Bevölkerungsgruppen, bzw. im zunehmend urbanisierten ländlichen Einzugsgebiet der Städte.

Die geburtenstarken Jahrgänge des Bevölkerungsbooms der ersten Hälfte der Achtzigerjahre strömen heute in den Arbeitsmarkt. Von den jährlich gegen eine Million

zusätzlichen Arbeitskräften findet nur eine Minderheit eine stabile Arbeit. **Die Arbeitslosigkeit nimmt zu und verbaut der jungen Generation die Lebensperspektive:** konkret die Chancen, zu arbeiten, zu heiraten und eine eigene Wohnung zu bezahlen. Wirtschaftliche Reformen zur Überwindung einer seit der Revolution durch staatliche und halbstaatliche Monopole blockierten inneren Wirtschaftsentwicklung zeigen nur langsam Resultate. Schritte zu mehr Marktwirtschaft führen zuerst einmal – wie in Osteuropa nach der Wende – zu Entlassungen aus bankrotten Staatsbetrieben. Am Kauf dieser Betriebe im Zuge der Privatisierungsbemühungen der Regierung ist kaum jemand interessiert. Ein grosser Teil des staatlichen Budgets, das heisst der **Öleinnahmen**, bleibt durch unproduktive Subventionen gebunden. Gleichzeitig wirkt sich das Wachstum des nach wie vor bescheidenen privaten Sektors nicht wesentlich auf die sich verschärfende Beschäftigungssituation aus. Ausländische Investitionen entwickeln sich erst langsam, obwohl die Rahmenbedingungen dafür klar verbessert worden sind. Ebenso wenig löst der Erfolg der Bevölkerungspolitik das Problem, obwohl moderne Programme der Familienberatung entscheidend mithelfen, die Geburtenrate von gegen 3,5% Mitte der 80-er Jahre auf heute etwa 1,4% zu senken.

Zusätzlich zur wirtschaftlichen Perspektivlosigkeit wird der **Lebensraum der Jugend** – insbesondere der städtischen Mittelschicht – **von strengen moralischen und kulturellen Regeln eingeschränkt:** Kopftuchzwang für Frauen, Verbot ausserehelicher Beziehungen, Tanzverbot, eingeschränktes Freizeit-, Film- und Musikangebot. Doch eine stillschweigende Opposition gegen diese Beschränkungen hat in den letzten Jahren die Grenzen dessen, was staatlich toleriert wird, bzw. toleriert werden muss, langsam – im Falle der Haarbedeckung und Rocklänge: Zentimeter um Zentimeter – zurückgedrängt. Trotzdem vergrössert sich der Graben zwischen offizieller Moral und islamischer Ideologie einerseits und der gelebten Realität der Jugend andererseits. Der Wunsch, das Land zu verlassen, verbreitet sich.

3. Kein Durchbruch der Reformpolitik

Dem politischen System ist es in den letzten fünf Jahren gelungen, den Wunsch der Bevölkerung nach Reform und Öffnung innerhalb der verfassungsmässigen Institutionen aufzufangen. Dabei hat die Wahl 1997 von **Präsident Chatami** einen Machtkampf eingeleitet, der andauert. Dieser **Konflikt zwischen der Reformbewegung, die Chatami zum Sieg verhalf, und den Konservativen ist in der Verfassung vorgezeichnet:** Die Demokratie wird durch die **theokratische Vorherrschaft** wie folgt eingeschränkt: Das höchste Amt im Staat bekleidet der **Religiöse Führer Chamenei** als Nachfolger Chomeinis. Er wird von einem Expertenrat religiöser Würdenträger ernannt und steht – sogar mit Weisungsbefugnis – als oberste Instanz über den im folgenden genannten Institutionen: **Präsident** und **Parlament (Majlis)** werden zwar vom Volk gewählt; im Parlament verfügen die Reformer seit den Wahlen von 2000 eine komfortable Mehrheit. Doch der konservative **Wächterrat** hat die Kompetenz, Gesetze des Parlaments als „unislamisch“ zu blockieren und Kandidaten von Präsidentschafts- und Parlamentswahlen auszuschliessen. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten zwischen Parlament und Wächterrat über Gesetzesvorlagen entscheidet der überwiegend konservative **Billigungsrat**, dem der frühere Präsident Rafsanjani vorsteht. Seit den wiederholten Wahlsiegen der Reformer nach 1997 wurde die **Justiz** von den Konservativen dazu missbraucht, gegen die Reform-

bewegung durch politische Prozesse und die Schliessung von Reformzeitungen vorzugehen.

Bei aller Kritik an diesen Beschränkungen demokratischer Prinzipien und am verhinderten Durchbruch des weitverbreiteten Wunsches nach grundlegenden Reformen **muss – insbesondere im regionalen Quervergleich – der demokratischen Entwicklung im Land folgendes zugute gehalten werden:**

- **In Iran findet Politik im westlichen Sinne als offene Auseinandersetzung zwischen politischen Positionen statt**, und hat sich von Personen – z.B. von der Person Chatamis – relativ weit losgelöst. In anderen Staaten der Region – ausser in der Türkei und in Israel – bleibt Politik eng an Führungspersonen gebunden und beschränkt sich entweder auf den Konflikt zwischen regionalen, ethnischen und Clan-Interessen innerhalb einer traditionellen Gesellschaft oder auf die Debatte in Freiräumen, die der städtischen Mittelschicht gewährt wird, ohne dass dadurch das Machtmonopol des Regimes in Frage gestellt wird.
- In Iran haben sich in den letzten Jahren – unterstützt von der Reformbewegung – eine **neue Öffentlichkeit und eine Zivilgesellschaft herausgebildet**, die sich gegen die Beschränkungen konservativer Machtzentren hartnäckig behaupten. Trotz der Schliessung von über 90 Zeitungen und Zeitschriften seit April 2000 bieten die **Medien** – vor allem die Zeitungen und das Radio, das die Parlamentsdebatten live überträgt – ein nach wie vor breites Forum für die politische Debatte. Die Nichtregierungs-Organisationen gewinnen an gesellschaftlichem Einfluss. Diese Entwicklung erfasst auch die Provinz.
- Trotz der repressiven Kontrollen gegen Verstösse gegen die strengen Sittenregeln und trotz der – in jüngster Zeit wieder zugenommenen – Repression gegen Exponenten des politischen und kulturellen Lebens sind die **Lebensbedingungen in den letzten Jahren defacto liberaler und die Gesellschaft weltoffener geworden**.

In der ersten Amtsperiode Chatamis (1997-2001) war die Unterstützung bzw. Blockierung seiner Reformen Gegenstand einer Debatte, in deren Zentrum seine Person stand. Seit letztem Jahr hat sich **die Diskussion radikalisiert und ist zum Widerspruch zwischen demokratisch legitimiertem Reformanspruch und religiös legitimierter Herrschaftsbewahrung vorgestossen**. Zum einen haben hohe Vertreter des Klerus selbst begonnen, harsche Kritik am System und an dessen Unfähigkeit zu üben, die Probleme des Landes zu lösen. Zum andern haben prominente Reformer damit gedroht, das System zu verlassen und sich mit der Forderung nach einem Referendum direkt an die Bevölkerung zu wenden. Die schwindende Glaubwürdigkeit religiöser Vorherrschaft und der weiterhin frustrierte Wunsch nach einer tiefgreifenden Liberalisierung sind offenes Thema geworden. Dabei geht es nicht mehr um Chatami, sondern um die Zukunft des politischen Systems, um die Kernfrage der Macht und im Endeffekt – immer transparenter – um die Frage der Trennung von Staat und Religion.

Dieser Konflikt hat sich in **zwei Gesetzesvorschlägen kristallisiert, die die Reform** im letzten Herbst lanciert haben: Der erste sieht vor, dem Präsidenten eine Handhabe gegen verfassungswidriges Handeln insbesondere der Justiz zu geben, der zweite soll dem Wächterrat die Kompetenz entziehen, Parlaments- und Präsidentschaftskandidaten von den Wahlen auszuschliessen. Der Streit um diese Vorschläge dauert nunmehr schon sechs Monate, ohne dass ein Durchbruch erzielt

werden konnte. Der Wächterrat blockiert das Projekt, während gleichzeitig mehr und mehr Reformer ihre früheren Drohungen zurückziehen: Es werden **neue Wege für einen Kompromiss** gesucht. Unter dem Einfluss des Irakkrieges und seiner Folgen verstärkt sich ein Burgfrieden, der von der Zurückhaltung der Reformer und des kritischen Klerus gestützt wird; die nationalen Interessen gegenüber der veränderten regionalen Situation sind in den Vordergrund gerückt. Gleichzeitig hat die endlose Reformdiskussion in der **Öffentlichkeit Politikmüdigkeit und Resignation** erzeugt: Alles ist gesagt, wenig hat sich im politischen System verändert. In den Munizipalwahlen von Ende Februar entzog die Wählerschaft in Teheran den Reformern das Vertrauen und wählte eine unbekannte Gruppe von Technokraten.

In den USA wurde im Zusammenhang der Rede von Präsident Bush vom 29. Januar 2002, in der er Iran, Irak und Nord Korea auf die ‚Achse des Bösen‘ setzte, die **Implosionsthese** aufgestellt: Die inneren Widersprüche würden das politische System Irans über kurz oder lang in sich zusammenstürzen lassen. Auch wenn diese These seit dem Irakkrieg wieder vermehrt Zulauf erhält, **bleibt sie für eine absehbare Zeit aus folgenden Gründen sehr fragwürdig**, selbst wenn die iranische Geschichte schon immer überraschende Wendungen genommen hat. Zwar werden die Arbeitslosigkeit und die individuelle Perspektivlosigkeit die sozialen Spannungen weiter verschärfen. Zwar schwindet die Legitimation der religiösen Vorherrschaft zusehends. Zwar stellen die Studentenunruhen vom vergangenen Juni und die Solidaritätsäusserungen der Bevölkerung die weitverbreitete Unzufriedenheit und Frustration erneut unter Beweis. Trotzdem verfügt das System über beachtliche Stabilitätsressourcen: Die Alternative zum System ist nicht greifbar, es gibt keine Bewegung, keine Führer und keine Programme, die sie glaubwürdig vertreten. Weder der von iranischen Exilkreisen unterstützte Sohn des früheren Schahs noch die von der EU und den USA als Terrororganisation qualifizierte Opposition der Volksmudschahidin (MKO) verfügen über eine glaubwürdige Unterstützung im Land. Das islamistische Fundament der Opposition in andern Staaten der Region ist in Iran bereits vom Regime besetzt. In der Bevölkerung sind abgesehen von radikalen Studenten heute keine Gruppen identifizierbar, die zum Schritt von der Frustration zur politischen Rebellion bereit wären, vielmehr schlägt diese Frustration in eine zunehmende politische Apathie um. Die Angst vor Gewalt im rechtlosen Zustand des revolutionären Umbruchs nach dem Sturz des Schahs bleibt in der kollektiven Erinnerung. Gleichzeitig verfügt der Staat aufgrund der akkumulierten Öleinnahmen über Devisenreserven von 20-30 Milliarden Dollar, was für absehbare Zeit grosse sozialpolitische Flexibilität erlaubt.

4. Aussenpolitik: Das ungelöste Problem der Beziehungen mit Amerika

Seit seinem Amtsantritt von 1997 gelang es der Regierung von **Präsident Chatami, das Land aus der aussenpolitischen Isolation hinauszuführen** und die Beziehungen zur übrigen Welt – mit Ausnahme der USA – zu normalisieren. Dahinter steht das generelle Phänomen, dass Staaten einige Jahre nach einer Revolution, die von Idealen und Ideologien getragen war, **wieder zu ihren nationalen Interessen als Leitlinie der Aussenpolitik zurückkehren**. In Iran äusserte sich diese Entwicklung unter anderem in der Absage an die frühere Unterstützung schiitischer und islamistischer Oppositionsgruppen in Ländern der Region. Ebenso gibt es keine Hinweise mehr auf Verbindungen zu terroristischen Aktivitäten in Europa, wie im Fall des Anschlags im Restaurant Mykonos in Berlin 1992.

Quantitativ äussert sich die Öffnung in der **massiven Zunahme hoher offizieller empfangener und entsendeter Besuche** (laufende Zählung durch die Botschaft aufgrund von Medienberichten – Niveau: Präsident, Vizepräsident, Minister, Stv. Aussenminister, Parlamentspräsident und Präsident der ausserpolitischen Parlamentskommission):

Region	1998 März - Dez.	1999	2000	2001	2002	2003 Jan. - Mai
EU	14	19	20	46	65	21
Rest Europa + Kanada	2	7	11	22	22	20
Arabische Staaten	19	24	33	58	74	41
Türkei; Russland, Kauk., Zentralasien	15	22	29	66	67	35
Asien, Afrika, Lat.Am., Ozeanien	9	22	67	84	109	49
Total	59	94	160	276	337	166

Die Statistik spiegelt die Tatsache, dass Iran in der bilateralen Diplomatie zum respektierten Akteur geworden ist. Das gleiche lässt sich für die Rolle Teherans in der multilateralen Zusammenarbeit feststellen. In die berücksichtigte Zeit fällt auch der persönliche Erfolg Chatamis: Seine Idee des **Zivilisationsdialogs** wurde als Programm für ein entsprechendes UNO-Jahr (2001) aufgenommen.

Diese ausserpolitische Öffnung und aktive Diplomatie haben zwar die Beziehungen zu vielen Ländern – insbesondere auch zu den arabischen Golfstaaten – normalisiert, sie haben aber dem Land nicht den Erfolg in jenen Fragen gebracht, die die nationalen Interessen unmittelbar betreffen. Einzig in den Beziehungen zur Europäischen Union sind Fortschritte – wenn auch kein Durchbruch – zu verzeichnen. Die weltpolitischen Veränderungen seit dem Elften September und die gestärkte globale Vormachtstellung der USA haben nämlich **das Problem der seit der Revolution abgebrochenen Beziehungen zu Washington noch stärker ins Zentrum der iranischen Aussenpolitik gestellt: Alle ausserpolitischen Fragen bleiben mit diesem Kernproblem verbunden.**

Die **Beziehungen mit der EU** haben sich – nicht zuletzt in der Folge der konstruktiven Haltung Teherans in der Afghanistankrise – weiter verbessert: Die Verhandlungen über ein Handels- und Kooperationsabkommen wurden aufgenommen. Doch auch hier zeigte sich der Einfluss der ungelösten Beziehungen zu den USA: Javier Solana machte letzten Sommer in Teheran deutlich, dass ein Abschluss dieses Abkommens ohne Fortschritte in den – für die USA – zentralen Anliegen (Massenvernichtungswaffen, Terrorismus, eine Zwei-Staaten Lösung im Nahen Osten und Menschenrechte) nicht möglich sei.

Gegenüber der Krise in **Afghanistan** hat Teheran nach dem Elften September sehr geschickt eine Gratwanderung vollzogen zwischen der Verurteilung des Terrorismus (der Religiöse Führer hatte kurz nach dem Anschlag zum Heiligen Krieg gegen die

Terroristen aufgerufen), der Unabhängigkeit von der internationalen Anti-Terror Allianz und einer diskreten, aber effektiven Koordination mit den USA für den Regimewechsel in Afghanistan (Unterstützung der Nordallianz, Zusammenarbeit an der Bonner Konferenz). Als es jedoch Ende 2001 darum ging, in Washington die Früchte für diese – aus Teheraner Sicht – aktive Unterstützung der amerikanischen Interessen zu ernten, zog Teheran drei massive Vorwürfe der USA auf sich: Teheran mische sich in die inneren Angelegenheiten in Afghanistan ein; Teheran gewähre Al-Qaida Mitgliedern Unterschlupf (tatsächlich konnten sich wahrscheinlich etwa 200-400 Araber aus Afghanistan nach Iran absetzen und wurden danach zumeist in ihre Heimatländer abgeschoben) und Teheran habe einen Transport von für die PLO bestimmten Waffen mitorganisiert: Am 3.1.02 wurde von den Israeli das Transportschiff Karine-A aufgebracht, dessen Route an Irans Küsten ihren Anfang nahm. Am 29.1.02 setzte Präsident Bush Iran auf seine „Achse des Bösen“.

Für die grosse Last, die Iran in den letzten zwei Jahrzehnten sowohl mit der **Aufnahme der afghanischen Flüchtlinge als auch mit der Bekämpfung des Drogenhandels** auf sich genommen hat, **hat Teheran vom Ausland kaum Anerkennung und Unterstützung erhalten**: Von den 2.3 Millionen afghanischen Flüchtlingen im Land sind seit dem Machtwechsel in Kabul immerhin 460'000 von Iran nach Afghanistan zurückgekehrt.¹ Gemäss einem hohen UNHCR-Vertreter hat im Vergleich zu dieser Flüchtlingsaufnahme „nie ein anderes Land so viele Flüchtlinge so lange aufgenommen und so gut behandelt“. Der allergrösste Teil dieser Flüchtlinge konnte sich irgendwie in die iranische Gesellschaft integrieren, nur etwa 2% leben in Lagern. In den letzten 20 Jahren sind in der Bekämpfung des Drogenschmuggels aus Afghanistan – der vor allem auf den europäischen Markt ausgerichtet ist – über 3000 Angehörige der iranischen Sicherheitskräfte getötet worden. Weltweit werden rund drei Viertel aller behördlich konfiszierten Opiate in Iran sichergestellt.

Während früher Teheran gegenüber den Spannungen mit den USA zumindest atmosphärisch einen Ausgleich in guten **Beziehungen zu Moskau** (und Peking) suchen konnte, hat eine neue Anti-Terror-Freundschaft zwischen Russland und Amerika dieser Ausgleichspolitik sehr enge Grenzen gesetzt. Moskau geht zwar aus wirtschaftlichen Interessen nur beschränkt auf die US-Forderung ein, sich bezüglich des russischen Exports von konventionellen Waffen und ziviler Atomtechnologie nach Iran zurückzuhalten. Trotzdem kann Teheran von Russland keine Hilfe im Konflikt mit Washington erwarten. In der Frage des Kaspischen Meeres bestehen nach wie vor Gegensätze: Moskau versucht, diese Frage – als Frage der Nutzung eines internationalen Gewässers – durch bilaterale Grenzabkommen zu entscheiden, die Abkommen mit Kasachstan und Aserbeidschan sind unterzeichnet, jenes mit Turkmenistan ist in Diskussion. Teheran besteht auf einer gemeinsamen Nutzung – als Binnengewässer – oder auf eine Aufteilung zu je 20% unter den fünf Anrainerstaaten (gemäss Küstenlänge würde Iran weniger als 12% zustehen).

Seit der Revolution verfolgt Iran gegenüber dem **Mittleren Osten** radikalere Positionen als die meisten arabischen Staaten. Diese Haltung ist eines der zentralen Hindernisse für eine Normalisierung der Beziehungen zu den USA. Der Religiöse Führer hat Israel wiederholt als „Krebsgeschwür“ bezeichnet. Teheran unterstützt „politisch und moralisch“ die Organisationen HAMAS und Jihad al-Islami, die sich zu terroristi-

¹ Der Beitrag der Schweiz zur Linderung der afghanischen Flüchtlingskrise beläuft sich auf rund 53 Mio. Fr., w o von rund 7 Mio. in Iran eingesetzt wurden.

schen Anschlägen gegen die israelische Zivilbevölkerung bekennen. Ein sehr enges Verhältnis besteht zur libanesischen Hisbollah, die aber von Teheran wiederholt dazu aufgerufen worden ist, sich gegenüber Israel zurückzuhalten. Teheran behauptet, den – aus iranischer Sicht gescheiterten – Friedensprozess nicht zu behindern. Sein – unrealistischer – Lösungsvorschlag (ein Referendum der ursprünglichen Bevölkerung Palästinas von 1948 inkl. Flüchtlinge über die Zukunft des Gebiets) lässt zumindest den Verzicht auf eine Lösung durch Gewalt anklingen. Ebenso hat Präsident Chatami im November 2001 vor der UNO erklärt, dass Teheran eine Lösung, der die Palästinenser zustimmen, akzeptiert. Die Möglichkeit einer künftigen Anerkennung Israels im Rahmen einer Friedenslösung wurde jedoch offiziell noch nie explizit erwähnt. Trotzdem sind für die Zukunft Schritte im nationalen Interesse zur weiteren Milderung der iranischen Positionen nicht mehr auszuschließen. Solche werden in letzter Zeit in den Medien – wenn auch noch vorsichtig – diskutiert.

Die **Irakkrise**, der Krieg und die anlaufende Wiederaufbauphase im Nachbarland schaffen **neue Rahmenbedingungen** für die Rolle Irans in der Region und die Frage der künftigen Beziehungen zu den USA. Teheran hat gegenüber der Krise sehr vorsichtig eine ‚**neutrale**‘ Politik verfolgt: Die Beziehungen zu Saddam wurden aufrechterhalten, nicht zuletzt, um noch einige humanitäre Fragen zu lösen (Austausch der letzten Kriegsgefangenen und sterblicher Überreste aus dem Iran-Irak Krieg). Gleichzeitig förderte Iran sehr aktiv die Verständigung unter den irakischen Oppositionsgruppen, nicht zuletzt in der Hoffnung, sich damit auch einen Einfluss auf den künftigen Irak zu sichern. Der öffentlichen Verurteilung des alliierten Angriffs standen diskrete Zusicherungen entgegen, in Luftraumverletzungen keine feindlichen Akte zu sehen. Flüchtenden Angehörigen der Ansar ul-Islam Gruppierung (eine fundamentalistische Organisation im kurdischen Grenzgebiet), die von den Alliierten zusammen mit den kurdischen Peschmerga angegriffen worden waren, verweigerte Teheran strikt den Zugang zum iranischen Territorium. Die bewaffneten Einheiten der schiitischen Opposition unter Ayatollah Baqer Hakim, der 23 Jahre lang vom iranischen Exil unter direktem Einfluss der iranischen Regierung operiert hat, haben nicht in das Kampfgeschehen im Irak eingegriffen. In offiziellen Verlautbarungen und in Gesprächen mit der irakischen Opposition trat Teheran klar für eine demokratische – und nicht religiöse oder schiitisch dominierte – Regierung im Irak ein, von der keine der Gruppen ausgeschlossen werden soll. Diese Position vertritt auch Baqer Hakim. In dieser Haltung kommt **das nationale Interesse Irans an der politischen Stabilität im Nachbarland** zum Ausdruck.

Die Irakkrise hat bisher eine stabilisierende Wirkung auf die iranische Innenpolitik ausgeübt (sowohl aufgrund des erwähnten Burgfriedens zwischen den politischen Kontrahenten als auch wegen einer Unterstützung der eingeschlagenen Irakpolitik durch die Bevölkerung). **Die künftige Entwicklung im Irak könnte jedoch folgende Probleme für das iranische Regime mit sich bringen.** Schon heute wird befürchtet, dass Iran in den nächsten Monaten einem stärkeren amerikanischen Druck, insbesondere in der Frage seines Atomprogramms ausgesetzt sein wird. Die Befreiung der schiitischen Zentren in Kerbala und Nadschaf von der Repression Saddams öffnet den Weg für eine Verlagerung der schiitischen Theologie nach Irak und für einen Bedeutungsverlust von Qom. Gelingt die demokratische Stabilisierung im Irak, dann könnte dieser Erfolg einer nicht-religiösen Regierungsform unter der Obhut der Amerikaner die säkularen Aspirationen innerhalb der iranischen Reformbewegung gegen die religiöse Vorherrschaft beflügeln. Käme es im Irak jedoch zu einer politischen

Destabilisierung und zu einer religiös inspirierten schiitischen Oppositionsbewegung gegen die Amerikaner, dann wäre es für Teheran nicht leicht, diesen Kräften die Unterstützung zu entsagen. Damit entstünden zusätzliche Angriffsflächen im Verhältnis zu Washington. Ganz generell garantiert das Ende des Regimes von Saddam noch nicht die Lösung strittiger Fragen zwischen Teheran und Bagdad: Während niemand von den iranischen Reparationsforderungen aus dem Iran-Irak-Krieg spricht, haben irakische Politiker bereits erwähnt, dass das 1975 abgeschlossene Abkommen über den Schatt el-Arab wieder „diskutiert“ werden müsse.

Das **zentrale Problem der iranischen Aussenpolitik ist das Verhältnis zu Amerika**. Diese Beziehungen sind beidseitig historisch belastet: Die Besetzung der amerikanischen Botschaft am 4. November 1979 führte zum Bruch. Aus iranischer Sicht war dieser Akt lediglich eine Reaktion auf die amerikanische Machtpolitik gegen das iranische Volk: der vom amerikanischen und englischen Geheimdienst organisierte Putsch gegen die Regierung Mosaddegh 1953 und die bedingungslose Unterstützung des Schahregimes. **Die Haltung der Iraner gegenüber Amerika ist komplex und widersprüchlich**: Sie ist zum einen geprägt von der historisch frustrierten Hoffnung auf die Unterstützung durch ‚die dritte Macht‘ gegen die koloniale Beherrschung durch England und Russland, vom verschwörungs-ideologischen Glauben an die Allmacht Amerikas, von der Illusion „wäre das US-Problem gelöst, wären alle unsere Probleme gelöst“, von der Bewunderung für Bushs harte Haltung gegen die eigene Regierung und vom individuellen Traum, nach Amerika auszuwandern. Gleichzeitig – und oft seitens der gleichen Personen – besteht eine grosse Skepsis, ja auch Angst vor einer amerikanischen Einmischung im eigenen Land, von der Angst, das nächste Angriffsziel zu werden. Viele Iraner fühlten sich in ihrem nationalen Stolz und in ihrer Ehre verletzt, als Bush sie zusammen mit Saddam Hussein und den Nordkoreanern auf die ‚Achse des Bösen‘ setzte. Die Position der Regierung, dass ein Dialog nur "im gegenseitigen Respekt" möglich ist, findet breite Unterstützung.

Präsident Chatami hatte schon vor fünf Jahren dafür plädiert, die **Mauer des Misstrauens** abzubauen. Seit einem Jahr hat sich – trotz der ‚Achse des Bösen‘ – die Debatte in Iran über die Aufnahme von Verhandlungen intensiviert. Abgesehen von den Reformern haben sich nunmehr auch führende Konservative für einen Dialog ausgesprochen, wenn die USA ihre „aggressive Politik gegen Iran“ ändert. Im umsichtigen Vorgehen in der Irakkrise äussert sich auch die Hoffnung, dass der Weg zur Normalisierung geebnet werden könnte. Es gibt vermehrt Hinweise auf mögliche Flexibilität der offiziellen Haltung auch in sensiblen Fragen wie dem Nuklearbereich und dem Nahen Osten. Doch bisher reichten solche Andeutungen oder die konkreten positiven Schritte – wie zuvor schon die Rede der amerikanischen Aussenministerin Albright vom 17. März 2000 oder die iranische Unterstützung des Regimewechsels in Kabul – nicht aus, um die hohe Mauer des gegenseitigen Misstrauens zu überwinden.

~ — TM

P

olitical Cartoons in Iran

Farian SABAHI *

Historically, cartoons have been a very direct way to convey a political message. However, in the Middle East they are an import from the West and were criticised some fifty years ago by Frantz Fanon and other leftist intellectuals as “prime agents of cultural imperialism and alienation”.² Moreover, political cartoons have been considered a threat because they “generate change – by freeing the imagination, challenging the intellect, and resisting state control”.³

Cartoons first appeared in the Middle East in the second half of the 19th century as a consequence of increasing Western influence. In the Ottoman empire, the first cartoon was published in the journal *Istanbul* in 1867, 35 years after the publication of the first Ottoman gazette. But already in 1852 an Armenian had published the first humour gazette.⁴ According to Douglas’s well documented volume, cartoons were to be found in Arab countries before the turn of the century, but assumed their own specific identity only in the second half of the 20th century, and especially after the oil boom of the 1970s.⁵

Regarding freedom of expression, since most newspapers and magazines are financed by the authorities, some Middle Eastern cartoonists find it hard to bite the hand that feeds them. Nonetheless, the presence of a censor often creates sharp readers looking for hidden ideological messages. Since in the Middle East education and culture are considered political domains, the messages conveyed by the authorities can prove to be particularly strong in the case of narratives for children. Islamic

* Dr Farian Sabahi is currently employed by the Institut für Iranistik, Österreichische Akademie der Wissenschaften. In the academic year 2002-2003, she taught the course *L'évolution politique et sociale en Iran au 20ème siècle* at the University of Geneva, and supervised doctoral theses on Islam and the Middle East at Bocconi Business School in Milan.

² Frantz Fanon, *Peau noire masques blancs*, Paris, Seuil, 1986 (1952), quoted by Allen Douglas and Fedwa Malti-Douglas, *Arab Comic Strips*, Indiana University Press, 1994, p. 2.

³ Fatma Müge Göçek, “Political cartoons as a Site of Representation and Resistance in the Middle East”, in Fatma Müge Göçek (ed.), *Political Cartoons in the Middle East*, Princeton, Markus Wiener, 1998, p.1.

⁴ Göçek, 1998, pp. 6-7.

⁵ Douglas, 1994, pp. 3-4.

cartoon strips recounting the life of the prophet Muhammad and other leading men, as well as stories about the Intifada have become increasingly widespread. In a way, the conflict between the Islamic hostility to the figurative image and comic strips has thus been solved by teaching proper religious conduct and generosity. Giving water to a thirsty dog is, for instance, rewarded by Allah with a psychological, spiritual and/or material reward.⁶

Even cartoon dubbing can prove a hard task. This was the case of the Walt Disney epic *The Lion King*, dubbed into Arabic by a Lebanese production company. The translators were not allowed to use the two key words of the epic – lion (*asad*) and king (*malik*) – because *asad* refers to the ruling Syrian republican dynasty, while the region is full of real kings – Morocco, Jordan, Saudi Arabia, Bahrain – who might not tolerate to share the same title with an animal.⁷

After this brief introduction, this essay will now focus on Iran. Satire is certainly not a recent invention in Iran. Already at the beginning of the 20th century, during the Constitutional Revolution of 1906, new political and social ideas took shape and used satire as a means of expression. In particular, the newspapers of the Constitutional Revolution challenged the Iranian authorities and institutions such as the ulema (the religious class) and the monarchy, who were seen to be responsible for the repression against women and peasants.⁸

On 30 May 1907 the first issue of the socialist paper *Sur-i Israfil* (Trumpet Call of Israfil) was printed. At that time, two other newspapers were published, but *Sur-i Israfil* was doubtless the most radical and the best written. Its fame was partly due to its satirical column “Charand Parand” by the well known writer Ali Akbar Dihkhuda (1879-1956). His style was different: “A play on words, a new interpretation of an old proverb, a retelling of a story, so that his prose became a bridge between story telling and journalism”.⁹ Since he “used satire and allegory to mock superstitions, belief in predestination, and patriarchal traditions that degraded women and children”, Dihkhuda’s message was also considered revolutionary¹⁰ from the literary point of view.

In his satirical column, Dihkhuda was particularly harsh towards the ulema, whom he criticised and ridiculed:

If you tell them, Mr. Sayyid! Become a prophet, and a Shaikh! Claim that you are an imam. The reverend representative of the imam immediately begins turning his eyes in awe, puts a sad expression on his face, weakens his voice... His whole existence becomes ready for receiving revelations!¹¹

Needless to say, such an attitude resulted in a number of confrontations between the editors and the conservative ulema whose misdeeds were often reported, as was their manipulative behaviour towards women:

⁶ Douglas, 1994, pp. 83-109 (chapter “Sacred Images: Islamic Comic Strips”).

⁷ David Gardner, “Democracy is just a mirage”, in *Financial Times*, 17/5/2002, p. 1.

⁸ On the history of satire in Iran: Hamid Saher, 70 years of caricature in Iran, *Atropt-Ketab*, Tehran, 1377 (in Persian).

⁹ Janet Afary, *The Iranian Constitutional Revolution 1906-1911*, New York, 1996, pp. 116-117.

¹⁰ Afary, 1996, p. 5.

¹¹ “New revelation”, in *Sur-i Israfil*, 20 June 1907, n. 4-6, p. 6, quoted by Afary, 1996, p. 122.

The semiliterate low cleric Akhund took advantage of his religious position and turned his bureau in the mosque into a brothel. He married for wealth, practised polygamy, and was so shameless in his conduct as to spend his wife's dowry to the last penny.¹²

Other examples of satire in Iran at the beginning of the 20th century were the satirical Azeri-language newspaper Mulla Nasr al-Din, published in Tbilisi (Georgia) by Muhammad Jalil Qulizadah, an ethnic Iranian, with the help of the poet and satirist Ali Akbar Tahirzadah Sabir. In his cartoons, Sabir challenged the powerful ulema and accused them of being the strongest opponents to women's rights.¹³



As a consequence of such attacks against the ulema and in Najaf, banned Mulla Nasr al-Din as blasphemous. Feeling threatened by its satire, Muhammad Ali Shah also tried to stop the distribution of this newspaper. However, popular support – together with the fact that it was printed outside the country – allowed the editors to continue working.¹⁴

Another active period for satirists was Muhammad Reza's reign. The best known artist of this epoch is probably Ardeshir Mohassess. Born in Rasht in 1938, he appealed to Iranians disaffected with the Shah and became the voice of dissent in the 1960s and 1970s. At the same time, he did not subscribe to religious fundamentalism and, thus, did not align himself with the mullahs. His work is therefore critical of extremists in both camps. He published his cartoons in the Iranian evening newspaper Kayhan and, abroad, in the political weekly Iran Shahr based in London. His work was censored by the Shah and in 1976 he left the country, first for Paris and later for New York.

¹² "Qandarun", in Sur-i Israfil, 30 April 1908, n. 27, pp. 7-8, and 1 May 1908, n. 28, pp. 7-8, quoted in Afary, 1996, p. 129.

¹³ Afary, 1996, pp. 41, 119. The cartoon is figure 7 of Afary's volume, taken from Mulla Nasr al-Din, 10 March 1907, n. 10: Trip to the Bathhouse: You cannot trust a Horse or a Woman. The husband carries his wife to the bathhouse himself because he will not trust her or the horse who carries her.

¹⁴ Afary, 1996, pp. 120-121.

His cartoons on the Revolution of 1979 are considered his finest achievement. One of the main characteristics of his artwork is the fact that members of the Pahlavi family and their officers “are masked in the clothing and trappings of the Qajar period”. And “the faces of people betray a combination of intensity and weariness bred of struggle and uncertainty”. At the same time, they “possess the self-containment of those who are deeply absorbed by religious belief, whose focus of being is inward rather than outward. Ardeshir’s people are not the victims of clashes of political ideology or economic agendas. The conflicts they endure are brought about by the unconstrained ambitions of autocratic rulers, conflicts rooted in religion and in the blood”.¹⁵

The cartoon drawn in 1977 and entitled *The men bent in prayer to God and the government aeroplanes arrived* “exposes the tragic paradox inherent in westernization campaigns like that of the Shah, which bring about the deadly intrusion of the massive destructive power of modern military technology into an essentially medieval way of life”.¹⁶ To those who have experienced the Revolution, What’s the fire of a bullet when the heart’s aflame recalls the “casualties of the many bloody attempts by the Shah to stem the rising tide of fundamentalism”. Such was Tehran’s September 1978 Bloody Friday, when people marched “resolutely forward unchecked even by death”.¹⁷

Another theme covered by Mohassess is a sharp critique of the Shah and his actions in *To avoid the danger of possible assassination the king is trying to remain unknown forever*, and *The king personally oversees the execution of compulsory education*.¹⁸ Finally, in 1978, two years after his exile, this satirist draws a cartoon in which he accuses the censor: *From right to left: editors of the newspapers of peace, justice, truth, brotherhood, and freedom after their arrest and before being sent to prison*.¹⁹ All these cartoons were drawn between 1978 and 1980 in pen and India ink on large sheets of white paper.

¹⁵ Ardeshir Mohassess, *Life in Iran*. The Library of Congress drawings, Mage publishers, Washington DC, 1994, pp. 6-7, introduction by Bernard F. Reilly Jr.

¹⁶ Mohassess, 1994, pp. 7, 35.

¹⁷ Mohassess, 1994, pp. 7, 36.

¹⁸ Mohassess, 1994, pp. 15, 23.

¹⁹ Mohassess, 1994, p. 25.



Turning to the present, under President Khatami (elected in 1997) satire and cartoons emerged as the new expression of journalism and writing for Iranians abroad and at home. Among Iranians abroad, Marjane Satrapi emerged as the author of a revealing autobiography. Using comic strips, she tells her personal story as a child during the Revolution and at the beginning of the Islamic Republic when the veil and other restrictions were imposed. Born in Iran in 1970 and currently based in Paris, Marjane has published four volumes in French.²⁰ Fighting the ban on women attending soccer matches, the female magazine *Zan* (launched in August 1998 by Faezeh Hashemi, then a member of the Fifth Majlis) published some critical cartoons: a veiled woman waving a flag and watching a match from a distance with a telescope; the entrance to the stadium and a clear sign stating: "chains, knives, bottles, and maces are not allowed. And neither are women".²¹ An-

other famous cartoon published in the same magazine criticises the gender inequality prescribed by Islamic law, according to which the blood money due for the murder of a woman is half as much as that of a man. The cartoon depicts "a man holding a

²⁰ Marjane Satrapi, *Persepolis*, vol. I, Paris, 2000, p. 9.

²¹ Images kindly provided by Nadia Pizzuti, journalist of ANSA, the Italian agency of information based in Tehran. No date provided.

couple at gun-point in their house. The husband advises the robber: "Kill her, not me, her diyeh (blood money) is half". Following the publication of this cartoon in April 1999, the Revolutionary Court accused the editors of insulting Islam and shut down the magazine.²²

Classifying cartoons on the basis of theme, it is possible to identify some major categories such as the economy, public administration, foreign affairs, division among reformists and conservatives. Here are some examples:

On the theme of the economy, in July 2001 a dispute took place with Azerbaijan regarding oil. Kamal Kharrazi, the Iranian Minister for Foreign Affairs, informed the Azerbaijani chargé d'affaires in Tehran that he was opposed to plans by Azerbaijan and foreign oil companies to continue operating in the Alov-Araz-Sharg concession area, that is in waters that Iran considered its own. On 23 July, Iran ordered the Geofizik-3 survey ship to leave the zone it was working in on the grounds that it was inside Iranian waters. The survey ship was carrying out seabed soundings, environmental studies and collecting water samples. This was the first time in the recent history of the exploration and development of the Caspian Sea's hydrocarbon resources that an operator – BP – had been ordered to withdraw from a disputed area under threat of force.²³ The dispute was covered by Golagha. Standing in the middle Nick Brown, British Ambassador in Tehran until December 2001, announces: "British companies will not start any project in the Caspian without permission from Tehran". Pointing at oil platforms in the Caspian, Kharrazi asks: "What are they doing there?". The character Shahgholam replies: "They are doing nothing. They are scuba-diving!"²⁴



Another interesting cartoon concerned with economic hardship shows an official using his governmental car as a taxi after office hours in order to augment his salary. As a passenger gets into the car, the official asks: "Where would you like to go?" The passenger replies: "Nowhere, I am one of the many people who regularly comes to your office without being able to find you. I came here because I need you to sign a document!"²⁵

Mismanagement is also reported in a coloured cartoon depicting the Isfahan mayor and Shah Abbas. As a consequence of mismanagement, the Safavid heritage has been destroyed. A secretary therefore approaches the mayor, pointing at Shah Abbas and telling his boss: "This Sir (Shah Abbas) is the representative of the Safavid

²² Ziba Mir-Hosseini, "Debating Women: Gender and the Public Sphere in Post-Revolutionary Iran", in Amy B. Sajoo (ed.) *Civil Society in the Muslim World. Contemporary Perspectives*, I.B. Tauris, London, 2002, p. 99.

²³ «BP caught Between a Rock in Iran and a Hard Place in Azerbaijan», in *Arab Oil & Gas*, 16 August 2001, pp. 5-6.

²⁴ Golagha, vol. 12, n. 18, 9/8/2001, front cover.

²⁵ Golagha, vol. 13, n. 12, 27/7/2002, p. 7.

dynasty. All the rest, from Sheykh Safieddin Ardebili to Shah Soltan Hossein, are waiting behind the closed door. You are putting yourself in big trouble!"²⁶

On mismanagement, in another cartoon a man is listening to a quarrel in the municipal council, discussing the sale of blocks in Tehran. Members are hurling accusations at each other such as: "Anarchist!" "Shameless!" "Troublemaker!" "You are selling our city!" The observer thinks: "I am so lucky not to have fallen into their trap!"²⁷

In 1998, the media reported killings and disappearance of intellectuals.²⁸ However, nobody has been so far charged. Thereupon, Ayatollah Yunesi, the minister of information, addresses President Khatami and says: "Sir, this chain is so long we can't find the beginning", meaning that so many people were involved that there was no

way to identify the person behind the killings.²⁹



Finally, the internal division between reformists and conservatives is well represented by the front cover on Golagha: a medical doctor asks his patient if he prefers the shot on the right or left buttock. The poor man replies: "Please, no politics now! Just do it in the middle!"³⁰

On current events, the launch of the US-UK attack against Iraq coincided with Nowruz, the Iranian New

Year. Iranians attended the rallies against the war and, vowing to stay neutral, the Iranian authorities declared their will not to allow the Badr Corps – the forces of the Supreme Council of the Islamic Revolution (Iraqi Shia opposition, then based in Iran) to operate against Iraq from Iranian territory. Iranian satirists took a clear stance against the US-led attack. Besides publishing in the press, their artwork is shown on the website www.iranian.com, especially in the case of the Iranians of the Diaspora. Both means are very effective in conveying the message, though a difference can be traced: while the press is more accessible to the general public, the internet is still more widespread amongst the youth and the most educated. Just before the US led

²⁶ Golagha, vol. 13, n. 12, 27/7/2002, p. 4.

²⁷ Abrar, 18/7/2202, p. 3.

²⁸ Iran's supreme leader blames West for dissident killings, 14/12/1998, Iran's says its own agents killed intellectuals, 5/1/1999, Trial promised over murders, 20/1/1999, Iran's intelligence minister goes, 9/2/1999, in www.bbc.co.uk

²⁹ Golagha, vol. 13, n. 12, 27/7/2002, p. 5.

³⁰ Golagha, vol. 13, n. 12, 27/7/2002, front page (p.1).

invasion of Iraq, the US-based Saman (b. 1973) described the North Korean president Kim, George W. Bush, Saddam Hussein and Sharon as empty warheads.

EMPTY WARHEADS



In another cartoon, Saddam asks Bin Laden if he needs a cavemate.



Some days later, Hossein Hajiagha drew Democracy for Iraq as a US soldier proudly standing on a pile of skulls, a cigarette in his mouth, a gun in his left hand and a bigger weapon in his right, smoke rising from the ruins in the background.



In order to stress the overwhelming American power vis-à-vis powerless Iraqi civilians, Hossein Kazem depicted an Iraqi farmer throwing vegetables at a US-army helicopter.³¹

Iranians are obviously asking themselves what will be the next US target after the Taliban's Afghanistan and Saddam's Iraq: Kim's North Korea? Or rather the Islamic Republic of Iran? In this regard, Saman asks his audience: "Let us think for a moment...Hmmm, who could possibly be having secret talks with the CIA about a regime change in Iran?" Hiding behind a WC, two men with a snake's tail and a piece of paper with their names: Pahlavi and Rajavi³².

³¹ All cartoons on www.iranian.com

³² Massoud Rajavi is the leader of the opposition group Mujahedin-e Khalq.

Let us think for a moment ... Hmmm, who could possibly be having secret talks with the CIA about a regime change in Iran?



...don't even think about it!

Sourman
iranah.com

~ _ TM

Etat actuel des relations bilatérales vues de l'Ambassade suisse à Téhéran

Guillaume SCHEURER *

Qu'elles peuvent donc être les relations entre deux Etats a priori si différents, entre une république islamique et une confédération laïque, entre un territoire pouvant contenir près de 40 fois l'autre, entre un Etat comptant 70 millions d'habitants comparé aux 7 millions de l'autre et entre un pays plusieurs fois millénaire alors que l'autre remonte à 1848?

Malgré ces différences, il ne fait aucun doute que les relations entre ces deux pays peuvent être qualifiées de bonnes, denses et variées. Les récentes visites de haut niveau se sont déroulées, selon la formule usuelle appliquée aux Etats entretenant de bonnes relations, dans une atmosphère cordiale et amicale. Comme il n'existe à proprement parler pas de critères objectifs permettant de qualifier la nature de relations bilatérales, il peut dès lors être intéressant de tenter d'illustrer plus concrètement ce que recouvrent ces adjectifs positifs et comment deux Etats que de nombreux éléments divisent parviennent à coopérer dans le respect mutuel. C'est d'ailleurs certainement ce respect mutuel, qui n'exclut pas bien au contraire la franchise de ton, qui permet de surmonter les différences et de fonder une coopération servant l'intérêt réciproque.

Certains aspects de ces liens bilatéraux seront examinés ci-après sous les angles politique, du mandat américain, économique et culturel.

Politique

Les contacts politiques fournissent naturellement une indication importante quant à la qualité des relations bilatérales, qui se sont intensifiées depuis 1999 comme le prouvent en particulier les rencontres suivantes: visite en octobre 1999 d'une délégation de la Commission des relations extérieures du Conseil des Etats, visite du secrétaire d'Etat Franz von Däniken en janvier 2000, visite en juin 2000 du ministre iranien des

* Conseiller diplomatique à l'Ambassade de Suisse en Iran.

affaires extérieures Kamal Kharrazi, visite d'une délégation de parlementaires iraniens en septembre 2001, visite du conseiller fédéral Pascal Couchepin accompagné d'une délégation économique mixte en octobre 2001 et visite du conseiller fédéral Joseph Deiss en octobre 2002. En 2003, le ministre iranien de l'Industrie Tahmasb Mazaheri s'est rendu en visite en Suisse. Indéniablement, alors que la dernière visite de haut niveau remontait à 1991 avec celle du conseiller fédéral René Felber, les contacts bilatéraux se sont ainsi autant multipliés que diversifiés et attestent de la qualité de relations bilatérales devenues maintenant indépendantes d'éventuels problèmes conjoncturels.

Au-delà d'une simple démonstration d'intérêt et de «goodwill», ces rencontres permettent de manière générale de nouer des liens personnels entre gouvernements et législatifs, de discuter des éventuels problèmes existants pour tâcher de trouver des solutions, d'examiner conjointement la situation régionale et de faire progresser certains dossiers concrets. Ainsi, dernier exemple en date, la visite du conseiller fédéral Deiss a notamment permis de signer un accord de double imposition, de relancer les négociations visant à un accord commercial, d'aborder à haut niveau certains problèmes des entreprises suisses actives en Iran et, last but not least, de lancer l'idée d'un dialogue sur les droits humains. A ce titre, cette idée se concrétisera déjà cet été avec la tenue à Téhéran du premier tour de ce dialogue. (Voir l'article de Simon Ammann, p. 40).

Mandat américain

On notera initialement que l'exercice du mandat américain ne nuit pas, au contraire, aux relations bilatérales entre la Suisse et l'Iran. Il permet même en effet à l'Ambassade un contact souvent plus direct avec de hauts représentants du gouvernement iranien.

Ce mandat consiste en deux tâches principales:

- Premièrement, l'Ambassade suisse est en charge des intérêts consulaires d'un bon nombre de citoyens américains en Iran. Si la grande majorité d'entre eux sont double national, certains sont seulement citoyens américains. Au nom de l'administration américaine, la Section des intérêts étrangers de l'Ambassade accomplit les fonctions suivantes : enregistrements, demandes de passeport, annonces de décès et de naissance, demandes de certains documents (par exemple pour adoption), légalisations, demandes et paiements de sécurité sociale et protection consulaire des citoyens américains qui ont été arrêtés ou sont en difficulté (par exemple en cas d'expiration de visa, problèmes de santé ou financiers de touristes américains).
- La seconde tâche consiste en la transmission de messages officiels entre les deux gouvernements. Même si les intérêts iraniens aux Etats-Unis sont confiés à l'Ambassade du Pakistan à Washington, les autorités iraniennes utilisent de fait le canal suisse pour leurs communications à Washington. Malgré une attention accrue des médias pour cette fonction, les autorités suisses font preuve d'une discrétion absolue sur ces activités et laissent le soin aux deux parties d'apporter des commentaires.

Economie

Les statistiques sur les échanges commerciaux notamment ne donnent qu'une image à l'évidence incomplète des relations bilatérales. Selon la formule, elles restent néanmoins le seul moyen de se tromper avec exactitude... Avec en 2002 près de 481 millions de Frs d'exportations suisses, montant en constante augmentation depuis plusieurs années consécutives et ascendant à titre d'exemple à seulement 290 millions en 1998, l'Iran représente le troisième marché le plus important du Moyen-Orient. Quatorze entreprises suisses sont présentes en Iran avec leurs propres filiales, un nombre considérable de PME suisses y sont représentées par des agents iraniens et quatre sociétés suisses y sont déjà des investisseurs directs. A cet égard également, la Suisse représente un partenaire important. L'Iran, qui souhaite un rééquilibrage de la balance commerciale avec la Suisse et surtout un accroissement des investissements étrangers, s'emploie à améliorer les conditions-cadres de son économie. La visite susmentionnée du ministre Mazaheri, tout comme le Forum de Crans Montana étaient également une occasion de présenter largement aux entreprises suisses intéressées les opportunités de ce marché en expansion. De son côté, la Suisse participe aux efforts iraniens notamment en fournissant une expertise en vue d'une adhésion de l'Iran à l'OMC et pour une introduction de la TVA souhaitée à terme par l'Iran.

Dans ce contexte, l'Ambassade s'emploie, notamment par des conseils personnalisés aux entreprises suisses désireuses de pénétrer ce marché et par une étroite coopération avec les sociétés déjà présentes, à renforcer encore les relations économiques bilatérales avec l'une des économies les plus prometteuses de la région, disposant d'une population considérable et au carrefour d'une immense région en plein développement. La conclusion en vue d'un accord commercial permettra, aux côtés de l'accord sur la promotion et la protection des investissements déjà en vigueur et celui sur la double imposition déjà ratifié et dont l'entrée en vigueur est attendue pour cette année, de compléter le triptyque des accords bilatéraux considérés de manière générale comme essentiels. Les entreprises suisses pourront ainsi s'intéresser encore davantage et avec plus de sécurité au marché iranien où toute absence se révélera être sur le long terme une grave erreur.

Culture

Après la révolution islamique de 1979, les relations culturelles étaient pratiquement inexistantes. Saisissant les nouvelles possibilités ouvertes depuis l'entrée en fonction en 1997 du président Khatami, la Suisse, grâce au soutien de Pro Helvetia, de donateurs privés et de Présence suisse, a pu mener à bien par son Ambassade bon nombre d'initiatives dans le domaine culturel. La Suisse a ainsi pu se profiler en peu de temps comme un des pays culturellement les plus présents en Iran. On notera en particulier, parmi les événements culturels récents, la tenue d'un «Westöstlicher Divan» à Shiraz avec la participation des écrivains Muschg, Enzensberger et Schrott, la deuxième participation à la Foire internationale du livre de Téhéran fréquentée par plus d'un million de visiteurs, six concerts de jazz à Téhéran et à Shiraz du groupe Smada qui a rencontré un succès formidable à la hauteur de la rareté de ce type d'expression musicale en Iran, la performance extraordinaire de la troupe de théâtre Markus Zohner s'inspirant de manière humoristique de la pièce d'Hamlet et prouvant

que le rire de qualité ne connaît pas les frontières, l'atelier de formation de cette même troupe pour de jeunes acteurs et actrices iraniens qui ont pu ainsi bénéficier de nouvelles sources d'inspiration, la présentation de six films documentaires de Richard Dindo avec présence de leur auteur et les exposés des deux architectes Inès Lamunière et Patrick Devanbéry face à un public aussi enthousiaste que connaisseur. Fort heureusement, l'Ambassade n'est pas seule à oeuvrer dans la coopération culturelle et se réjouit que de nombreuses initiatives privées complètent son travail hors des circuits officiels.

Tous ensemble contribuent, s'inspirant du dialogue entre civilisations, au rapprochement et à la connaissance de l'autre qui n'est pas l'enfer mais source d'enrichissement.

~ — TM

Situation économique de l'Iran

Pascal MULLER *

Structure de l'économie iranienne

Le pétrole a une place très importante dans l'économie iranienne, il représente 82% des recettes à l'exportations et plus de 55% du budget de l'Etat³³. L'Iran est le 4ème producteur mondial (avec 5,2% de la production annuelle³⁴), son sous-sol recèle 9% des réserves mondiales de pétrole (5ème rang) et 15% des réserves mondiales de gaz (2ème rang).

Bien que le pétrole et le gaz dominant l'économie, ils ne représentent toutefois que 15% du produit intérieur brut (PIB). L'agriculture et l'industrie participent à raison de 30 % au PIB et le secteur des services (y compris ceux fournis par l'Etat) y contribue pour près de 50%. Le rôle du secteur public dans l'économie est très important (60-70% du PIB); l'Etat contrôle les ressources pétrolières et les plus grandes entreprises, alors que l'agriculture, la construction et certains services sont en grande partie aux mains du secteur privé.

La principale industrie de l'Iran est comme nous l'avons vu le pétrole, elle est suivie des industries minières, du textile (laine et coton) et alimentaire. Outre le pétrole, le sous-sol iranien recèle de nombreux minéraux : fer, charbon, cuivre, plomb, zinc, manganèse et chrome; leur exploitation est surtout destinée aux besoins domestiques.

Les principaux produits agricoles sont, dans les zones montagneuses facilement irrigables, les fruits : raisins, abricots, pêches, pistaches. Sur le plateau, betteraves à sucre et pommes de terre sont cultivées. Dans les zones plus arides, on rencontre des plantations de dattiers, de jujubiers et de tamaris. L'esturgeon, pêché dans les

* Pascal Muller est Desk Officer pour le Moyen-Orient au Secrétariat d'Etat à l'économie.

³³ Source : sauf indication contraire, les données statistiques sont tirées du «Staff Report for the 2002 Article IV Consultation» (28 août 2002) du Fonds monétaire international.

³⁴ Statistiques 2001 de l'Agence internationale de l'énergie:

http://www.iea.org/statist/keyworld2002/key2002/p_0103.htm.

embouchures des rivières qui se jettent dans la mer Caspienne, est la source de l'une des exportations les plus connues de l'Iran : le caviar (qui est un monopole d'Etat).

Les principaux produits d'exportation non-pétroliers sont les produits chimiques, les tapis, les fruits, l'acier et le cuivre.

Evolution

Déstabilisée sous le régime du Shah, par des projets d'investissement très ambitieux et par la mauvaise prise en compte des problèmes sociaux, puis ruinée, après la révolution islamique, par huit années de guerre contre l'Iraq (1980-1988), l'économie iranienne est ressortie exsangue et plus que jamais tributaire du secteur pétrolier; les variations des prix du pétrole ont une grande influence sur l'activité économique de l'Iran.

Ainsi, la bonne tenue des cours pétroliers tout au long de l'année 2000 a permis une accélération de la croissance, qui a atteint 5,7% pour la période 2000/2001³⁵, contre 3,6% en 1999/2000. En 2001/2002, en raison de la baisse des prix du brut et des quotas de production de l'Organisation des pays exportateurs de pétrole (OPEP) – dont l'Iran est membre – le pays a enregistré un léger tassement; le taux de croissance du PIB a été de 4,8%. Il devrait être supérieur à 5% pour la période 2002/2003.

Le principal soutien à la croissance est donc venu des recettes pétrolières supplémentaires. La demande interne n'a pas suivi le même rythme, en partie à cause du fait que les surplus n'ont pas été utilisés à soutenir l'industrie manufacturière mais partiellement investis dans des fonds de réserve utilisables en cas de baisse significative et prolongée des revenus pétroliers.

Le principal effet positif de la bonne conjoncture pétrolière a été la nette amélioration de la situation externe du pays. La balance commerciale a affiché un excédent de 12,6 milliards USD en 2000/2001, d'environ 6 milliards USD en 2001/2002 et de 3 milliards USD en 2002/2003. Le solde courant a été excédentaire de 13,4 % du PIB en 2000/2001 et de 4,8% en 2001/2002. Les réserves de change ont été reconstituées et atteignent environ 23 milliards USD, soit 10 mois d'importations. La dette extérieure totale du gouvernement iranien représentait en 2002/2003 6,8% du PIB.

L'envolée des recettes budgétaires, grâce aux prix élevés du pétrole, a permis de ré-équilibrer les comptes publics : largement déficitaire en 1998 (-5,2% du PIB), le solde budgétaire a été positif en 2000/2001 (+8,8% du PIB) et en 2001/2002 (+0,9% du PIB). Pour la période 2002/2003, un creusement du déficit budgétaire est observable (-2,0% du PIB), il est en partie dû à la surestimation des recettes fiscales; le budget ayant mal pris en compte la diminution des taux d'imposition décidée par le gouvernement et ayant imprudemment tablé sur une diminution de l'évasion fiscale dont le taux se situerait, selon les sources officielles, entre 40 et 50% des recettes.

³⁵ L'année fiscale iranienne commence le 21 mars et se termine le 20 mars de l'année suivante.

La politique monétaire s'est assouplie. La valeur du rial au taux boursier s'est appréciée d'environ 2% en 2000/2001 et est restée stable en 2001/2002. En mars 2002, le système des changes a été unifié et le taux de change administré a disparu. Les taux d'intérêt réels restent légèrement négatifs, avec une inflation de l'ordre de 15%.

Perspectives

Le rythme actuel de croissance est insuffisant pour absorber la hausse de la population active (estimée à 3.3% par an; le taux de chômage est supérieur à 16%) et permettre une progression significative du PIB par habitant. Le produit intérieur brut iranien a été estimé à 106.4 milliards USD pour la période 2002/2003, soit 1610 USD par habitant.³⁶

L'étendue des réformes à accomplir est immense, il faudra passer d'une économie fortement dépendante du secteur pétrolier à une économie de production diversifiée. Dans le même temps, le fonctionnement de l'Etat est à repenser : la fiscalité est en partie inefficace (5,7% du PIB) et les subventions trop importantes. Le rôle de l'Etat, qui contrôle plus de 80% de l'appareil productif, doit être reconsidéré. Un programme de diminution des subventions est prévu, mais n'est appliqué que très progressivement pour en atténuer l'impact social. Par ailleurs, la remise en cause de certains monopoles d'Etat est prévue, mais sa mise en œuvre demeure très incertaine. Les privatisations ont, pour l'instant, été menées de manière cosmétique, les entreprises privatisées passant le plus souvent du giron du ministère technique à celui du Fonds de la Sécurité Sociale. Quelques licences ont été accordées pour des banques privées.

Les efforts du gouvernement pour attirer des capitaux étrangers se sont jusqu'à présent souvent révélés vains (sauf les financements en buy-back dans le secteur pétrolier). La nouvelle loi sur l'investissement étranger, adoptée en mai 2002, ne paraît pas en mesure de renverser fondamentalement la tendance. Or, une augmentation sensible des investissements directs étrangers est primordiale, elle permettrait à l'Iran de répondre en partie au manque de financement interne, notamment dans le secteur pétrolier où le vieillissement des infrastructures limite la production.

Le 21 mars 2002, la nouvelle loi fiscale est entrée en vigueur. Les nouveaux barèmes fiscaux (réduits pour l'impôt sur les bénéficiaires) sont un grand encouragement pour les entreprises. Le gouvernement iranien espère que les nouvelles mesures introduites concernant la taxation des entreprises étrangères résoudront les principaux problèmes des sociétés étrangères dans ce domaine.

³⁶ Source: «World Economic Outlook» (avril 2003) du Fonds monétaire international.

Les barrières douanières devraient être progressivement adaptées pour passer d'un système non tarifaire au système tarifaire exigé par une éventuelle entrée à terme de l'Iran à l'Organisation mondiale du Commerce (OMC)³⁷. Dans l'optique d'une accession à l'OMC et d'une plus grande intégration dans le système commercial international, de nombreuses réformes devront être entreprises, par exemple dans le domaine de la protection de la propriété intellectuelle.

~ — TM

³⁷ L'Iran a déposé en 1996 une demande d'accession à l'OMC.

Verhandlung statt Verurteilung: Die Schweiz beginnt in diesem Jahr einen Menschenrechtsdialog mit Iran

Simon AMMANN *

Reformen und Lichtblicke, Rückschritte und Repression: Bezüglich der Menschenrechtssituation in Iran gibt es durchaus positive Entwicklungen zu beobachten, leider werden diese durch harte Repressionswellen regelmässig wieder relativiert. Betroffen davon sind Medienschaffende, Regimekritiker jeder Art sowie ethnische und religiöse Minderheiten (besonders die Bahâ'î). Insgesamt werden nach wie vor Menschenrechte systematisch verletzt.

Todesstrafe und grausame, unmenschliche oder erniedrigende Strafen

Eines der Hauptprobleme im Menschenrechtsbereich betrifft die Anwendung der Todesstrafe: Mindestens 139 Menschen, unter ihnen ein Minderjähriger, wurden im Jahr 2001 hingerichtet, zwei davon durch Steinigung und eine Person durch Enthauptung. Mindestens 285 Personen wurden ausgepeitscht. Die tatsächlichen Zahlen dürften jedoch erheblich höher gewesen sein, genaue Angaben für das vergangene Jahr liegen noch nicht vor. Betreffend Todesurteilen und Vollzug der Todesstrafe im Verhältnis zur Bevölkerungszahl nimmt Iran weltweit hinter China die zweite Position ein. Der Anstieg öffentlicher Hinrichtungen und Auspeitschungen in den Monaten Juli bis September 2001 führte jedoch zu heftigen Diskussionen über die Funktion solcher Strafen, deren Opfer häufig junge Menschen und manchmal auch Minderjährige waren. Unter anderem hat sich der iranische Aussenminister Kharrazi öffentlich gegen Körperstrafen ausgesprochen.³⁸ Dies ist für künftige Gespräche über Menschenrechte doch ein ermutigendes Zeichen. Erster Erfolg: Ende Dezember 2002 ging eine Anordnung an sämtliche Richter in Iran, künftig alternative Strafen zur

* Programmverantwortlicher Mittlerer Osten in der Sektion Menschenrechtspolitik, Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten.

³⁸ Tehran, Aug 21 2001 (Reuters) Iranian Foreign Minister Kamal Kharrazi said on Tuesday a wave of public hangings and floggings in may paint a "violent image" of Islam in the world. The moderate minister issued the warning in widely anticipated talks with the hardline judiciary chief, Ayatollah Mahmoud Hashemi -Shahrودي, Iran's IRNA news agency said. "I told the judiciary chief that we should not impose Islamic rules in a way that would show a violent image of Islam," Kharrazi told IRNA.

Steinigung zu verhängen, was einer faktischen Abschaffung dieser Strafe gleichkommen dürfte.

Folter und Misshandlungen in überfüllten Gefängnissen

Wenig erbaulich ist die Einschätzung von Maurice Copithorne, dem UN Special Representative of the Commission on Human Rights, zur Situation in den iranischen Gefängnissen:

"Prisons in Iran continue to be a subject of concern and controversy. The press reported a statement by the head of the National Prisons Organisation that there were about 160'000 inmates of whom about two thirds were in prison for drug-related offences, that most of the inmates were aged between 22 and 38, and that 5'000 were women. Moreover, the prison population had increased over 40 per cent in the previous year, and the prisons were now housing more than 100'000 inmates beyond their capacity. Some commentators have questioned whether the figure of 160'000 includes the inmates of the detention centres run by many of the security agencies which were supposed to have been integrated with the National Prisons Organisation; this has not yet been effected according to the evidence reaching the Special Representative. (...)"

Die Situation in den Gefängnissen entspricht besonders wegen Platzmangels nicht den internationalen Minimalstandards für die Rechte von Gefangenen. Zudem sind Folter und Misshandlungen weit verbreitet. Mit dem Druck von Organisationen, die sich für Gefangene einsetzen, haben die Behörden verschiedene, minime Verbesserungen umgesetzt – es bleibt diesbezüglich allerdings noch viel zu tun.

Theoretische Religionsfreiheit – Diskriminierung der Bahâ'î

In Iran gehört nur ein Prozent der Bevölkerung religiösen Minderheiten an. Von diesen sind vierzig Prozent Christen; sechzig Prozent gehören anderen Glaubensrichtungen an (z.B. Bahâ'î, Zoroastrier, Juden). Die orthodoxen Kirchen der Armenier, Assyrer und Chaldäer machen etwa neunzig Prozent der christlichen Bevölkerung aus; dies entspricht ca. 250'000 Menschen. Daneben leben 10'000 bis 15'000 protestantische Christen in Iran.

In Iran sind vier Religionen – die Buchreligionen – staatlich anerkannt: der Islam, das Christentum, der Judentum sowie der Zoroastrismus. Gemäss Verfassung können Anhänger dieser Religionen ihren Glauben frei praktizieren. In der Realität stellt sich dies jedoch bisweilen anders dar. Nach der Revolution im Jahre 1979 setzten Verfolgung und Diskriminierung von Angehörigen dieser Minderheiten ein, insbesondere bezüglich Zugangs zu öffentlichen Ämtern und Berufen sowie zur Ausbildung. Dies hatte in den achtziger Jahren eine Abwanderung vor allem armenischer Christen zur Folge.

Von den verschiedenen religiösen Minderheiten werden besonders die staatlich nicht anerkannten Bahâ'î kollektiv verfolgt. Regelmässig müssen sie mit Verhaftung und Verurteilung zu hohen Strafen rechnen – nur aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit.

Seit 1979 wurden über 200 Bahâ'î zum Tode verurteilt. Seit 1983 ist die Gemeinde der Bahâ'î in Iran offiziell verboten, alle neun Mitglieder ihres Nationalen Geistigen Rates sind verschollen. Rund 10'000 Bahâ'î wurden aus dem Verwaltungs- und Bildungsbereich entlassen, Kindern und Jugendlichen wird die Schul-, Universitäts- und Berufsausbildung verweigert. Die monotheistische Bahâ'î-Religion wurde in Iran um 1863 von Bahâ'ullâh gegründet, der als Prophet verehrt wird. Da nach dem muslimischen Glaubensbekenntnis Mohammed der höchste und historisch letzte Prophet ist, wird die Bahâ'î-Religion von islamischen Geistlichen als Sekte betrachtet und nicht anerkannt. Was ethnische Minderheiten betrifft, gibt es Anzeichen, wonach vor allem die Kurden von sprachlicher Diskriminierung betroffen sind.

Die Frauen sind trotz Diskriminierung im Aufwind

Die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau ist in Iran keineswegs erreicht. Trotzdem darf die Stellung von Frauen in der Zivilgesellschaft nicht unterschätzt werden; besonders bezüglich des Zugangs zur Bildung sind enorme Fortschritte erzielt worden. Heute liegt die Alphabetisierungsrate bei Frauen und Männern praktisch auf gleichem Niveau (70 bzw. 80 Prozent), was im Vergleich zu anderen islamischen Ländern aussergewöhnlich ist. Weiter besetzen Frauen in der Verwaltung über 30 Prozent der Stellen, wobei der Zugang zu Führungspositionen begrenzt ist – wie letztlich auch in vielen westlichen Ländern.

Die Rechtsprechung in Iran – Allmacht und Ohnmacht durch die Schari'a

Nach der iranischen Verfassung ist das islamische Recht (Schari'a) Quelle allen Rechtes. Artikel 4 bestimmt eindeutig, dass sich "alle Gesetze und Vorschriften in Zivil- und Strafrecht, Finanzwesen, Wirtschaft, Kultur, Militär, Politik und sonstigen Bereichen nach islamischen Massstäben" richten müssen.

Die Justiz ist unabhängig (Artikel 156). Die gesamte Justizverwaltung obliegt dem Obersten Rat der Justiz, der auch dem Justizminister übergeordnet ist. Zu den wichtigsten Aufgaben des Justizrates gehören – nebst der Berufung von Richtern – die "Aufdeckung von Straftaten, Verfolgung, Bestrafung und Züchtigung der Straftäter, Vollzug der Hadd-Strafen³⁹ und der im Islam niedergelegten Strafvorschriften".

Die eigentliche richterliche Tätigkeit üben die vom Staat nach islamischen Kriterien eingesetzten Gerichte aus, an deren Spitze der Oberste Gerichtshof steht. Die Richter sind verpflichtet, sich bei ihrer Urteilsfindung an den geschriebenen Gesetzen zu orientieren. Sollten keine Gesetzesgrundlagen vorhanden sein, müssen sie ihre Urteilsprüche auf der Grundlage der authentischen islamischen Rechtsquellen oder Rechtsgutachten (Fatwâ) fällen (Artikel 167). Ihnen untersagt die Verfassung, Erlasse und Verordnungen der Exekutive auszuführen, die "mit islamischen Gesetzen und Vorschriften im Widerspruch stehen oder ausserhalb der Kompetenzen der vollziehenden Gewalt stehen" (Artikel 170). Gerichtsverhandlungen finden in der Regel öffentlich statt, in bestimmten Fällen, nach einem Beschluss des Gerichtes, kann die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden (Artikel 165).

³⁹ *hadd*: vom Koran verbotene Handlung bzw. deren Bestrafung.

Das Strafrecht in Iran: Vergeltung, Verbote und Züchtigung

Gemäss den Artikeln 4 und 156 basiert das neue iranische Strafgesetzbuch auf dem islamischen Recht, der Schari'a. Die Schari'a enthält alle Gebote und Verbote, die nicht nur den Glauben, sondern die gesamten gesellschaftlichen und individuellen Handlungen der Menschen umfassen.

Das klassische schiitische Schari'a-Strafrecht ist kein in sich geschlossenes Gebilde. Als Quelle der Schari'a gelten der Koran, die Sammlungen der Aussprüche der Zwölf Imame (der gottgeleiteten Nachfolger des Profeten) und die Vernunft.

Gemäss Schari'a werden die Straftaten in verschiedene Kategorien eingeteilt. Das klassische islamische Strafrecht unterscheidet grundsätzlich drei Kategorien von Straftaten:

1. Die Qisâs-Straftaten⁴⁰: Delikte gegen Leib und Leben, die aufgrund der Wiedervergeltung nach dem Prinzip "Auge um Auge, Zahn um Zahn" geahndet werden.
2. Die Hadd (Pl. Hudûd)-Straftaten, für die im Koran ganz bestimmte Strafen vorgesehen sind. Es handelt sich dabei um folgende Straftaten:
 - ausserehelicher Geschlechtsverkehr bzw. Ehebruch (Steinigung für verheiratete und 100 Peitschenhiebe für nicht verheiratete Täter/innen – Koran, 24: 1-5),
 - Verleumdung bzw. Bezeichnung des illegitimen Geschlechtsverkehrs oder des Ehebruchs (80 Peitschenhiebe – Koran, 24:4),
 - Weintrinken bzw. der Genuss anderer berauschender Getränke (40 bis 80 Peitschenhiebe je nach Rechtsschule – Koran, 5:30f),
 - Diebstahl (beim ersten Mal wird die rechte Hand und im Wiederholungsfall der linke Fuss abgehackt – Koran, 5:38-39)
 - Strassenraub (je nach Schwere und Art der Tat von Freiheitsstrafe bis zur Kreuzigung – Koran, 5:33-34).
 - Die Zuordnung der Delikte "Abfall vom Glauben" und "Aufruhr" zu den Hudûd-Straftaten ist unter den islamischen Rechtsgelehrten umstritten.
3. Ta'zîr-Straftaten⁴¹, die alle anderen in Frage kommenden Delikte (etwa Betrug, Unterschlagung, usw.) umfassen: Die Straftatbestände, die damit bestraft werden, werden von der Obrigkeit je nach Zeit und Umständen festgelegt und können jederzeit neu geschaffen oder abgeschafft werden. Das Strafmass einer Ta'zîr-Strafe wird vom Richter festgelegt, der sein Urteil nach eigenem Ermessen unter Berücksichtigung der Schwere der Tat und der Tatumstände fällt. Der Kategorie der Ta'zîr-Straftaten kommt in der Praxis ein grosses Gewicht zu, da sie dem Staat die Gelegenheit bietet, Straftatbestände und Strafen im eigenen Interesse neu zu definieren, ohne sich durch Koran und Sunna beschränken zu lassen.

Diese Dreiteilung des klassischen islamischen Strafrechts prägt auch das iranische Strafrecht. Gesetze für die drei Bereiche von Hadd, Qisâs und Ta'zîr wurden zu-

⁴⁰ Vergeltung oder Rache; Behebung eines Unrechts durch Schadensausgleich

⁴¹ Züchtigungsstraftaten

nächst in den Jahren 1982 und 1983 erlassen. Die Hadd- und Qisâs-Normen sind im Jahre 1991, und das Ta'zîr-Gesetz im Jahre 1996 neu kodifiziert worden.

Von der Verurteilung zum Dialog als Antwort auf Menschenrechtsverletzungen

Wie soll die internationale Staatengemeinschaft auf obgenannte Voraussetzungen reagieren? Welche Überlegungen werden auf bilateraler und multilateraler Ebene ins Feld geführt, damit in Iran die Grundrechte eingehalten werden? Viele Jahre wurde das Land – beispielsweise während der UNO-Menschenrechtskommission – mit Resolutionen scharf verurteilt. Noch heute ist es, zusammen mit Nordkorea, bei den USA auf der ominösen Achse des Bösen. In der EU und anderen westlichen Staaten dagegen hat sich ein neuer Ansatz entwickelt: nämlich jener des Menschenrechtsdialoges.

So hat Bundesrat Joseph Deiss während seines Iranbesuches Ende Oktober 2002 vorgeschlagen, einen Menschenrechtsdialog zwischen den beiden Ländern aufzunehmen, was von den iranischen Behörden positiv beantwortet worden ist. In der Zwischenzeit hat Iran auf höchster Ebene folgende zwei Beschlüsse gefasst: Erstens luden die iranischen Behörden das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte (UNHCHR) ein, thematische Menschenrechts-Rapporteure nach Iran zu entsenden. Eine Delegation des UNHCHR realisiert nun vor Ort Projekte zu verschiedenen Themen: Polizeikräfte, Ausbildung im Bereich Menschenrechte in Schulen, Gefängnissen und Gemeinden. Weitere Missionen des UNHCHR zu willkürlichen Inhaftierungen und "Verschwindenlassen" werden folgen. Geplant sind zudem Besuche der Sonderberichterstatter zur Gewalt gegen Frauen und Meinungsäusserungsfreiheit. Zweitens hat Iran im Dezember 2002 mit der EU einen Menschenrechtsdialog aufgenommen, ein solcher besteht ebenfalls mit Kanada, Australien, Dänemark, Japan und weiteren Ländern.

EU beurteilt bisherige Dialogrunden als positiv

Der Zeitpunkt für die Aufnahme eines Menschenrechtsdialoges mit Iran ist in diesem Jahr günstig. Erstens zeigen sich die iranischen Behörden weit offener für Diskussionen über Menschenrechte als in der Vergangenheit. Andererseits sollten liberale Kräfte von Staat und Zivilgesellschaft möglichst effektiv unterstützt werden, damit der Reformkurs unter dem Druck religiös-konservativer Kleriker keinen weiteren Rückschritt erleidet. Zudem kann die Schweiz von den Erfahrungen der EU und anderer Staaten profitieren, die ebenfalls einen Menschenrechtsdialog mit Iran aufgenommen haben.

So hat sich die EU nach der Durchführung zweier Dialogrunden bisher äusserst befriedigt über die Gespräche in Teheran und Brüssel gezeigt. Nach einer ersten Dialogrunde im Dezember 2002 zu den Themen Diskriminierung und Folter diskutierten die EU und Iran am 14. und 15. März 2003 Fragen über Rule of Law und unfaire Prozesse. Generell ist die EU gemäss einer Vertreterin des Europäischen Rates "surprised by the degree of openness" der iranischen Seite und wertet die erste Dialogrunde als Erfolg versprechend für die Zukunft. Schwierig gestalteten sich jedoch Gespräche mit Vertretern des Klerus, welche "extremely defensive" seien, wenn es

um Fragen wie Folter bzw. Körperstrafen gehe, die im islamischen Strafrecht vorgesehen seien.

Die erste Dialogrunde im Herbst 2003 – Ziele der Schweiz

Die erste Dialogrunde zwischen Iran und der Schweiz, die voraussichtlich im Oktober 2003 statt findet, sollte in erster Linie dazu dienen, die künftige Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern im Bereich der Menschenrechte zu definieren. Im Hinblick auf diese erste Runde ist den iranischen Behörden ein Papier übergeben worden, welches den operationellen, inhaltlichen und zeitlichen Rahmen des Dialoges definiert. Folgende Themen und Ziele könnten dieses Jahr zur Sprache kommen:

Abschaffung von Körperstrafen

Als Vertragspartner des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte ist Iran verpflichtet, grausame, unmenschliche und erniedrigende Strafen abzuschaffen. Nachdem Iran kürzlich ein Moratorium für die Steinigung eingeführt hat, wird die Schweiz vorschlagen, dieses auf sämtliche Körperstrafen auszudehnen. Amputationen, Auspeitschungen sowie alle anderen von Gerichten verhängten Körperstrafen sollten gemäss UNO-Konvention gegen Folter und weiteren internationalen Standards gesetzlich verboten werden. Die interne Diskussion über das Verbot von Folter soll mit diesem Dialog gefördert werden. Ziel ist es, dass Vorwürfe über Folterungen, Misshandlungen und Diskriminierung innerhalb des Strafjustizsystems umfassend untersucht werden und den Opfern Rechtshilfe zur Verfügung steht. Weiter sollte Iran ermuntert werden, die UNO-Konvention gegen Folter sowie deren Zusatzprotokoll zu ratifizieren. Die Konsequenzen einer Ratifizierung werden aus juristischer wie praktischer Sicht untersucht. Die beiden Länder diskutieren notwendige Massnahmen, welche die Ratifizierung erleichtern und die Respektierung dieser Instrumente sichern.

Minimalstandards in Gefängnissen

Als zweiter Punkt soll mit den für den Strafvollzug verantwortlichen Behörden eine Diskussion über Haftbedingungen und internationale (Minimal-)Standards erfolgen, wobei folgende Probleme zentral sind:

- schwere Überfüllung der Gefängnisse, was in Iran klar der Fall ist
- mangelnde Versorgung mit Nahrungsmitteln
- unzureichende sanitäre Einrichtungen
- extreme Hitze oder Kälte, grassierende Infektionskrankheiten
- die Verweigerung ärztlicher Behandlung kranker Gefangener

Die Schweiz ist bereit, zusammen mit den iranischen Behörden ein Gefängnisprojekt auszuarbeiten und die dafür notwendige Expertise und Erfahrung zur Verfügung zu stellen, welche bereits im Menschenrechtsdialog mit China und in anderen Ländern gesammelt worden ist. Dies könnte zum Beispiel die Durchführung von Seminaren für das Gefängnispersonal enthalten sowie den Austausch unter Experten auf diesem Gebiet. Langfristiges Ziel ist, dass die Haftbedingungen in Iran internationalen

Standards wie etwa den UNO-Mindestgrundsätzen für die Behandlung von Gefangenen entsprechen. Zudem wäre die Schweiz bereit, mit den iranischen Behörden Erfahrungen über alternative Strafen anstelle von Haftstrafen auszutauschen. Iran seinerseits möchte bei dieser ersten Dialogrunde mit der Schweiz über das Thema "Rassismus und Xenophobie" diskutieren.

Abschliessend bleibt festzuhalten, dass die Menschenrechtsbilanz in Iran nicht von heute auf morgen sämtlichen Standards internationalen Völkerrechts entsprechen wird. Die Menschenrechtsarbeit in Iran ist ein langfristiges Projekt, bei welchem regelmässige, offene und transparente Diskussionen, verbunden mit der Unterstützung der Zivilgesellschaft, die Menschenrechtssituation bedeutend verbessern dürfte. Wichtig ist dabei, dass Iran als Partnerland betrachtet und mit dem nötigen Respekt behandelt wird – blosse Belehrung und Besserwisserei bringt keinen Erfolg.

~ — TM

Iran, quo vadis? Eine Rück- und Vorschau

Kim SITZLER *

Die Macht eines alten Erbes

Iran ist mehr als ein islamisches Staatssystem und mehr als ein altes Kaiserreich. Die verschiedenen Kulturen des iranischen Plateaus, die sich ihre Lage zwischen Mittelmeer und China, zwischen Indien und Russland zunutze machten, schufen über die Jahrhunderte einen Kulturraum, der in der antiken Welt eine Zentrumsfunktion zukam. Persische Kunst beeinflusste Griechen, Römer, Russen und Chinesen; ägyptische, indische, hellenistische und chinesische Elemente werden wiederum in der persischen Kunst sichtbar. Solche wechselseitigen Beeinflussungen spielten nicht nur in der Kunst, sondern auch im Handel und in der Politik. Das heutige Iran ist zwar nicht mehr identisch mit dem persischen Kulturraum, der weit nach Zentralasien ausgriff und –greift. An seiner zentralen Lage zwischen China und Indien einerseits und dem Mittelmeer andererseits hat sich deswegen aber nicht geändert. Als in der ersten Hälfte des 7. Jahrhunderts arabische Muslime das durch Konflikte mit Rom und zentralsiatischen Nomaden geschwächte sassanidische Perserreich eroberten, hatte dies zwar eine grundlegende Änderung der politischen Form zur Folge; andererseits war Persien aber das erste muslimisch eroberte Gebiet, das der arabischen Kultur widerstand. Die persische Sprache wurde durch jene der Eroberer nicht ersetzt, die alte persische Hofkultur färbte beträchtlich auf die Eroberer ab. Vorislamisches Kulturgut überdauerte und wird jeweils zu Krisenzeiten wieder mobilisiert. So ist heute der iranische Nationalismus eine kulturelle Hauptströmung, die sich etwa darin zeigt, dass sich die iranische Sprachakademie jede erdenkliche Mühe gibt, das Persische von arabischen Einfüssen zu säubern. Der schnelle Sprachwechsel, der daraus entsteht, ist manchem älteren Iraner ein Problem, da er vor lauter persischen Neologismen zuweilen die Zeitung mit einem Wörterbuch lesen muss. Das „Buch der Könige“ (*Schâhnâme*) von Firdawsî (st. 1020), das die legendären und die sassanidischen Herrscher Irans episch darstellt, ist noch heute unverrückbarer Teil lebendiger persischer Kultur und überliefert als Nationalepos weit hinter den Islam zurückgrei-

* Kim Sitzler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Analyse und prospektive Studien, Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten.

fende Identitätselemente. Nach dem World Values Survey liegt der Anteil jener Iraner, die „sehr stolz“ auf ihre Nationalität sind, bei über 90%.⁴²

Der Pool revolutionärer Faktoren, der zum Sturz des Schah-Regimes von 1979 führte, wurde nicht nur durch religiöse und soziale Forderungen gefüllt, sondern auch durch die Kritik an der „Okzidentose“ („Westoxication“, „*gharbzadegi*“) der iranischen Gesellschaft, die ihre Identität zu verlieren drohe. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts war der europäische Universalismus auch in der iranischen Elite zum Ideal geworden, dessen Erreichen Modernität versprach. Das „Eigene“ wurde zum „Rückständigen“.⁴³ Hier sei nur auf die Reform des Zivilgesetzbuches zwischen 1928 und 1935 verwiesen. Mit Ausnahme der Regelungen zum Personenstatus wurde das französische Zivilgesetzbuch weitgehend übernommen. Westliche Kleidung wurde – ausser für den Klerus – obligatorisch, Männer wurden verpflichtet, Hüte zu tragen. Wirtschaftlich und politisch geriet Iran zunächst über die Anglo-Iranian Oil Company (BP) in die Einflusssphäre Grossbritanniens, dann – nach dem von der CIA geplanten Sturz Mosaddeqs (1953) – in jene der USA.

Mohammad Reza Schâh reagierte auf die Verwestlichungsvorwürfe mit einem exzessiven Nationalismus, der die konsequente Westbindung übertönen sollte. 1971 liess er für mehrere hundert Millionen Dollar in Persepolis ein Fest zum 2500jährigen Gründungstag des persischen Königreichs organisieren. 1975 führte er eine neue Zeitrechnung auf der Grundlage der „Ära der Könige der Könige“ ein, wonach sich die Iraner statt im islamischen Jahr 1355 im persischen Jahr 2535 wiederfanden. Die pompöse Vereinnahmung des Nationalismus durch den Schâh wurde nicht nur von der politischen Linken und vom Bürgertum kritisiert, sondern auch von den jungen Mullahs. Rûhollâh Chomeinî liess aus dem irakischen Exil anlässlich der Feierlichkeiten von 1971 verlauten: „Sollte das iranische Volk die Herrschaft eines Verräters des Islams und der Interessen der Muslime feiern, der Israel Öl liefert? ... Die Verbrechen der Könige von Iran haben die Seiten der Geschichte geschwärzt ...“.⁴⁴

Der Diskurs der Elite hatte sich zunächst auf die unkritische Übernahme westlicher Ideale konzentriert; mit der unpopulären Modernisierungspolitik des Schâhs wuchs die sozialistisch inspirierte Kritik am Imperialismus. Diese wurde vom Schâh unterdrückt und der Begriff „Modernität“ selbst erlitt dadurch dauerhaften Schaden. Die Religion präsentierte sich alsdann als kleinste gemeinsame Alternative zur „westlichen Moderne“.⁴⁵

Der Iranismus (oder gar die Persifizierung) und der Islam haben während langer Zeit die regionalen Eigenheiten des Völkermosaiks Iran übertüncht. In jüngster Zeit gewinnen diese Unterschiede an Bedeutung. Feste zu Ehren von Bâbak, dem antiarabischen und antiislamischen Azeriführer des 9. Jahrhunderts sollten zwar politisch

⁴² Für die USA findet die Erhebung 78%, für Frankreich 40%. Siehe Minxin Pei: „The Paradoxes of American Nationalism“, in *Foreign Policy*, May June 2003, 31-37, hier 32.

⁴³ „Je europäischer man sich gibt, desto grösser ist die Bewunderung. Man spricht persisch mit englischem oder französischem „Accent“, und es gilt als besonders vornehm und avanciert, Vokabeln dieser Sprachen unvermittelt in den Sprachstrom einfließen zu lassen. Sprache wird so zum Spiegel des lädierten Bewusstseins, das das Eigene als das Gemeine auszumerzen sucht.“ Bahman Niruman d: *Persien, Modell eines Entwicklungslandes*. Reinbeck 1967, 137.

⁴⁴ Zit. in Roy Mottahedeh: *The Mantle of the Prophet. Religion and Politics in Iran*. Harmondsworth 1987, 328.

⁴⁵ Siehe dazu Ali Mirsepassi: *Intellectual Discourse and the Politics of Modernization*. Cambridge 2000, 13 und passim.

nicht überbewertet werden, doch zeigen sie, dass lokale Identitäten überdauern und rekonstruiert werden. Ähnlich können etwa Projekte zur Wahrung traditioneller Baustile in der Gîlân-Region gesehen werden. Die Einschränkung westlichen Musikkonsums nach der Revolution hat zu einer Art Renaissance der lokalen Musiktraditionen geführt.⁴⁶ Neben Persern (inklusive Balutschen und Afghanen) wohnen heute rund 28 Mio. Türken (vor allem Azeris) und 5 Mio. Kurden, eine Million Araber sowie Assyrer, Armenier u.a. in Iran. „Lokale Identitäten“ sind eine Möglichkeit des Rückzugs in Krisen.

Die Schî'a

Als der Profet Mohammed 632 starb, wurde sein Schwiegervater mit der Leitung des schnell wachsenden neuen Staates betraut. Sein Hauptkonkurrent um die Staatsführung war Mohammeds Schwiegersohn 'Alî, der aber erst 656, nach der Ermordung des dritten Chalîfen, und auch dann nur für fünf Jahre dem islamischen Reich vorstand. Die Partei 'Alîs, schî'at 'Alî oder kurz Schî'a, erachtete die ersten drei Chalîfen als unrechtmässig, denn der Profet habe 'Alî zu seinem Nachfolger auserkoren. Später mass sie der Verbindung 'Alîs mit Mohammeds Lieblings- und jüngster Tochter Fâtima besonderes Gewicht zu. Nach ihrer Meinung sollte nur ein direkter Nachkomme dieser Verbindung als Imam dem islamischen Staat vorstehen dürfen. Nach der Ermordung 'Alîs in Nadschaf (661) sahen sich seine Anhänger im irakischen Kûfa der Übermacht des syrischen Gouverneurs Mu'âwiya gegenüber, der die Ansprüche der 'Alîden nicht anerkannte. 'Alîs älterer Sohn, Hasan, verzichtete auf die Staatsführung und der syrische Gouverneur wurde Chalîf mit Residenz in Damaskus. Bei dessen Tod (680) trat der jüngere Sohn 'Alîs, Husayn, an die Oberfläche. Er wurde von irakischen Parteigängern angespornt, das syrische Regime unter Mu'âwiyas Sohn abzulösen. Auf seiner Reise von Mekka nach Kûfa wurde sein kleiner Trupp durch die Soldaten des Gouverneurs nach Karbalâ' abgedrängt und von der Übermacht am 10. Muharram ('Âschûrâ-Fest) zerschlagen und getötet. Seine Parteigänger in Kûfa waren ihm nicht zu Hilfe geeilt. Diese Episode ist der eigentliche Grundstein der schiitischen Passionsreligion. Der Märtyrerkult und die Rituale der Busse für die versagte Hilfe bei Karbalâ' wurden zum Grundstock der schiitischen Religiosität. Das gemeinsame Weinen an Husayns Grab in Karbalâ', das Vortragen von Klageliedern auf Husayn und 'Âschûrâ-Prozessionen haben sich zu den bekannten Passionsspielen (*ta'ziyya*, *ta'ziye*) entwickelt, die für die heutige schiitische Religiosität bezeichnend sind.

Die Nachfolger von Imam Husayn hielten sich von der grossen Politik fern. Ein Teil der schiitischen Gemeinde liess den Sohn des 874 in Sâmarâ gestorbenen elften Imams, den Mahdî, in die Verborgenheit entgleiten. Er sei nicht gestorben, sondern lebe seither unerkannt in der „grossen Abwesenheit“. Deswegen heissen diese Schiiten, die heute die wichtigste Abteilung bilden, „Zwölferschiiten“. Sie warten auf die Wiederkunft des zwölften Imams, des Mahdîs, mit der das Reich der Gerechtigkeit eingeläutet werden wird. Die Vorzeichen seiner Rückkehr sind dramatisch und wurden im 10. Jahrhundert unter anderem so vorgestellt: „Ein schwarzer Wind erhebt sich am Morgen, und die Erde erbebt; Furcht erfüllt die Iraker und die Einwohner von Bagdad. Rascher Tod tritt hier und da ein; Eigentum, Leben und Ernte werden ver-

⁴⁶ Cf. Thomas Ogger: „Betrachtungen zur Musik (Teil IV). In: *Spektrum Iran* 15 (2002), 59-80.

nichtet ... Fremde werden sich streiten, und viel Blut wird in ihrem Streit vergossen
....⁴⁷

Die Zwölferschia hat sich seit dem 10. Jahrhundert nach Osten und damit nach Iran ausbreiten können. Allerdings wurde sie erst um 1501 zur Staatsreligion des neuen safawidischen Reiches (1501-1722), das Iran nachhaltig schiitisierte und einen entsprechenden Klerus schuf. Dieser wurde im 19. Jahrhundert informell hierarchisiert. Unter den anerkannten religiösen Autoritäten bildeten sich nun solche heraus, die zur „Quelle der Nachahmung“ (*mardscha'-i taqlîd*) wurden und denen gewöhnliche Gläubige und der Rest des Klerus zu folgen hatte. Erst Chomeinî hat in dieser Informalität eine neue, umstrittene, Situation geschaffen, indem er die Stellung des Revolutionsführers verfassungsmässig verankert hat. Allerdings haben sich andere Mardscha's inner- und ausserhalb Irans halten können. Heute werden sie häufig „Gross-Ayatollâhs“ genannt; sie werden aus den Rängen jener Kleriker, die zur selbständigen Rechtsfindung befähigt sind (*mudschtahid-s*), den „Autoritäten des Islams“ (*hudschdschat al-islâm*) und den „Zeichen Gottes“ (*âyatallâh*) rekrutiert.

Politisch ist Iran während des 16. und 17. Jahrhunderts, kurz nach der Machtnahme der schiitischen Safawiden, in den Dunstkreis der grossen Politik des osmanischen Reiches, Russlands und der europäischen Mächte sowie der christlichen Mission geraten. Für Imam Chomeinî war die Geschichte Irans seither und bis ins letzte Drittel des 20. Jahrhunderts eine Geschichte der Verwestlichung. Seine Vision war es, die islamische Welt vor dem nichtislamischen Ausland zu schützen. Die schiitische Geistlichkeit hatte sich bereits seit Jahrzehnten ähnlich geäussert; Chomeinî folgte in diesem und anderen Punkten einem Konsens – er war kein Fundamentalist, der sich ausschliesslich dem Koran und dem alidischen Spruchgut verpflichtet fühlte, sondern er stand auf der Grundlage jahrhundertalter schiitischer Theologie. In der schiitischen Tradition ist Chomeinîs Konzept der Expertenherrschaft dem Fundamentalismus entgegengesetzt, der es jedem Gläubigen selbst erlauben würde, aus den heiligen Quellen gültige Antworten abzuleiten.⁴⁸ Seinem Wunsch, den Staat des Schâhs durch einen islamischen Staat zu ersetzen, gab Chomeinî eine langfristige Perspektive – die Dinge sollten sich allmählich ändern und mancher war überrascht, als die Revolution plötzlich geschehen war. Die nichtreligiösen Kritiker des Schâhs sprangen auf den von den Geistlichen angestossenen Wagen auf. Die dem Volk alternativlos gestellte Frage, ob die Monarchie durch eine islamische Republik ersetzt werden solle, wurde 1979 mit „Ja“ beantwortet. Das schiitische Ideal, wonach eine Regierung Gott oder einem seiner Vertreter verantwortlich sein müsse, schien erreicht. Allerdings war die Revolution von 1979 „zusammengesetzt“ (*murakkab*): Demokraten, Bürgerliche und Sozialisten, die nichts auf ein theokratisches System gaben, waren Bestandteil der iranischen Gesellschaft und des Umsturzes. Nach der Revolution, an deren Gelingen sie einen beträchtlichen Anteil hatten, wurden sie teilweise vom neu-alt, nun klerischen, Repressionsapparat ebenso brutal unterdrückt, wie zuvor durch den Schâh. Heute, nach fast einem Vierteljahrhundert islamischer Herrschaft, stellen diese Kreise das islamische „System“ auf eine harte Probe; inzwischen haben sich auch gewisse Kleriker von der Theokratie abgewandt und fordern eine Trennung von Staat und Religion.

⁴⁷ Scheich al-Mufîd, zit. in Heinz Halm: *Der schiitische Islam*. München 1994, 49.

⁴⁸ Die Expertenherrschaft setzt voraus, dass die Religionsexperten durch langes Training zur selbständigen Rechtsfindung (*idschthîhâd*) befähigt, also *mudschtahid-s*, sind.

Offene Kultur

Der schiitische Islam hat dank seines langen Kontakts mit der persischen, aber auch mit der türkischen und der nicht-islamischen indischen Welt eine bemerkenswerte Kulturtoleranz entwickelt. Vor- und ausserislamische Einflüsse haben in der persischen Schî'a durchdringend gewirkt. Während etwa griechische Philosophie in arabischen Landen nach dem 15. Jahrhundert in Vergessenheit geriet, blieb sie der Schî'a im Osten Inspirationsquelle. Während der sunnitische Islam sich zunehmend am Recht nährte, blieb der Schî'a der spekulative Geist erhalten. Während die sunnitische Welt ein breites Spektrum an fundamentalistischen Auslegungen der Religion entwickelt hat, blieb die Schî'a eminent traditionalistisch. Dies trifft auch auf Âyatollâh Chomeinî zu, der in vielen Fragen auf dem Boden der traditionellen Entwicklung stand und keineswegs eine Interpretation auf einer religiösen tabula rasa anstrebte. Heute befindet sich die iranische Gesellschaft sich auf dem Weg der Säkularisierung und die kulturelle Offenheit muss sich unter neuen Vorzeichen beweisen.

**Ob ich fromm sei oder gottlos,
geh und Sorge für dich selbst.
Weil am Ende jeder nur, was
er gesät hat, ernten kann.**

(Hâfez, Übers. Rückert bei Bürgel, 50)

Als Beispiel für die Lebendigkeit iranischer Literatur mag Sâdeq Hedâyât (1903 – 1951) angeführt werden. Gleichzeitig Pionier des Studiums iranischer Folklore, altiranischer Sprachen und Bewunderer Rilkes sowie Kommentator Kafkas, wurde er Mitbegründer der modernen persischen Literatur. Er

studierte in Paris, interessierte sich für Buddhismus und Zoroastrier, übersetzte Sartre ins Persische und hinterliess mit *Die blinde Eule* ein Stück Weltliteratur. Selbst Spross des Bürgertums wurde er zum Kritiker des Despotismus, sei er kaiserlich oder religiös.

Hedâyats kulturelle Neugier zeigt sich heute am iranischen Büchermarkt. Die klassische Literatur Europas kann man ebenso auf Persisch lesen wie moderne amerikanische Bestseller oder Peter Bichsels Kurzgeschichten⁴⁹. Schillers „Wilhelm Tell“ liegt in der persischen Übersetzung von Mohammad 'Alî Dschamâlzâde vor, dem Schriftsteller, der 1997 mit etwa 106 Jahren in Genf verstorben ist.⁵⁰ Gewisse Bücher sind verboten, können aber meist ohne grossen Aufwand gekauft werden. Im Teheraner Stadttheater kann man Jean Genets Stück „Les bonnes“ im übervollen Saal sehen oder „A Streetcar Named Desire“. Bei aller Offenheit werden westliche Werte und Haltungen oft sehr kritisch beleuchtet – es handelt sich dabei häufig nicht um eine blinde Rückweisung, sondern um kenntnisreiche Abwägung.

Westliche Kultur ist zum integralen Bestandteil der iranischen Gesellschaft geworden, dabei wurde unter anderem auch westliche Kritik am Westen aufgenommen.

Auch dezidierte Laiker werfen „dem Westen“ regelmässig Wertezerrfall, Masslosigkeit und Materialismus vor. Den gleichen Vorwurf müssen sich allerdings auch viele junge Iraner aus dem Mund jener anhören, die für die Revolution gekämpft hatten. Ehemalige sozialistische Aktivisten sorgen sich ob der Politikverdrossenheit der Jugend, deren einziges Ziel es sei, rasch zu Haus und Auto zu kommen.

**Das ganze Jahr zu bechern,
heiss ich dich nicht; indes
Drei Monat' munter zeche,
wer neun sich fromm enthält!**
(Hâfez, Übers. J. Chr. Bürgel, 49)

⁴⁹ Âmrîkâ wudschûd nadârad. Übersetzt von Behzâd Kaschmîrîpûr. Teheran 2000.

⁵⁰ Teheran 1970.

Die Presselandschaft Irans ist beeindruckend. Die schier unüberblickbare Menge von Tageszeitungen reicht von ultrakonservativen bis zu stark reformerischen Blättern. Kritik ist an der Tagesordnung und mit der Grenze des Publizierbaren wird immer wieder experimentiert. Schliessungen von Zeitungen sind allerdings seit dem Jahr 2000, wie zu des Schâhs Zeiten,⁵¹ an der Tagesordnung. Ihnen wird meist mit Neugründungen begegnet; der Machtkampf zwischen Konservativen und Reformern fordert aber immer wieder ihre Opfer, wenn etwa Herausgeber kritischer Blätter Berufsverbot erhalten oder zu Gefängnisstrafen verurteilt werden. Westliches Fernsehen, Internet und Mobiltelefone gehören zum Teheraner Alltag der Bemittelten, sind aber auch in anderen Landesteilen verbreitet. Es wird erwartet, dass die letztes Jahr noch auf 15'000 und heute auf eine Million geschätzten Internetnutzer in zwei bis drei Jahren mehrere Millionen sein werden. Die Informationstechnologie wird auch von den konservativen Kreisen immer mehr benutzt. Das religiöse Zentrum Qom soll eine der am besten vernetzten Städte Irans sein. Internetforen tragen vermehrt private Kommunikation an die Öffentlichkeit. Iranische Filme thematisieren regelmässig alleinerziehende Mütter, unterdrückte junge Frauen und wirtschaftliche Not. Die Qualität des iranischen Kinos wurde durch zahlreiche internationale Auszeichnungen bekräftigt.

Iran morgen

Seit der Wahl Mohammed Châtamîs 1997 befindet sich Iran im Spannungsfeld zwischen Reformern und Reformgegnern. Während die Reformer in den ersten vier Jahren auf eine breite und lautstarke Unterstützung der Bevölkerung zählen konnten, steht heute die Reformierbarkeit des „Systems“ selbst in Frage. Die Verfassung gewährt den Reformgegnern einen beträchtlichen Blockadespielraum und weitgehende Repressionskompetenz. Sie benutzen regelmässig beide Instrumente, um Reformen zu verhindern und ihre Macht zu demonstrieren. Dabei geht es nebst der Wahrung des islamischen Staatscharakters auch um die Wahrung der Pfründe. Kleriker gehören seit der Revolution zu den reichsten Leuten in Iran; einigen wird öffentlich vorgeworfen, auf der Gewinnerseite von Misswirtschaft und Korruption zu stehen.

Iran wird im nächsten Jahrzehnt jung sein (der starke Rückgang des Bevölkerungswachstums, der in den letzten Jahren erreicht wurde, wird erst längerfristig zu einer Überalterung führen). Eine enorme Herausforderung ist die Integration der iranischen Jugend in den Arbeitsmarkt. Die Jahrzehnte relativer Isolierung haben Iran zwar den relativen Vorteil verschafft, dass eigenes Know how aufgebaut wurde und dass keine Knappheit an gut ausgebildeten Leuten herrscht.⁵² Doch der Aufbau einer konkurrenzfähigen Privatwirtschaft wird unter anderem durch fehlende Investitionen aus dem Ausland erschwert. Zu den Hindernissen für potenzielle ausländische Investoren gehören auch die schwierigen Beziehungen zu den USA

Im Februar 2004 sind in Iran Legislativwahlen vorgesehen. Sollten bis dahin keine grundlegenden Änderungen stattgefunden haben, werden sie ein erneuter Test für die Reformkreise sein. Diese haben in den Lokalwahlen dieses Jahres eine schmerz-

⁵¹ In den ersten acht Monaten des Jahres 1963 soll 75 Zeitungen und Zeitschriften die Drucklizenz entzogen worden sein. Nirumand: *Persien*, 128.

⁵² Zur Bildung in Iran siehe Farsin Banki: „Sozialer Wandel im Spiegel islamischer Bildung in Iran“, in: *Zeitschrift für islamische Kultur* 14 (2002), 75-104.

http://www.banki.ch/person/publication/Sozialer%20Wandel_final_fn.pdf

liche Niederlage einstecken müssen, da bei einer äusserst niedrigen Stimmbeteiligung vornehmlich konservative Wähler an die Urnen gingen. Der Konflikt zwischen der Regierung und der geistlichen Führung ist nicht nur eine Angelegenheit persönlicher politischer Vorlieben, sondern er ist institutionell bedingt. Deshalb braucht es institutionelle Lösungen. So ist heute das Privileg des Wächterrats, Parlamentskandidaten aus Gründen mangelnder Religiosität auszuschliessen, im Stadium der Differenzbereinigung (siehe hier Guldemann, S. 16). Sollte der Wächerrat sein Privileg halten können, würde ein Wahlboykott wahrscheinlich. Einige der systemkritischen Parlamentarier könnten in den nächsten Monaten zurücktreten. Die Reformgegner würden dann zwar das Parlament dominieren, doch wäre dieses gleichzeitig in den Augen der Öffentlichkeit delegitimiert. Dem bis 2005 gewählten Präsidenten Châtamî blieben wenig Alternativen zum Rücktritt. Das Land könnte dann in eine Periode der Instabilität geraten. Eine offene Konfrontation zwischen Reformgegnern und Teilen der Bevölkerung wäre möglich. Angesichts der Tatsache, dass Iran mit Märtyrerefriedhöfen aus der Zeit des irakisch-iranischen Krieges übersät ist, darf allerdings bezweifelt werden, dass diese in offene Gewalt umschlagen würde. Das enorme Leid, das jener Krieg verursacht hatte, ist Teil des kollektiven Gedächtnisses und damit auch die Aversion gegen gewaltsame Lösungssuche. Die Reformgegner könnten eine derartige Auseinandersetzung möglicherweise mittels Repression und Isolatismus gewinnen. Mit einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik könnte eine konservative Regierung allenfalls einen Teil der Legitimation zurückgewinnen.

Um einem solchen Szenario entgegenzuwirken, dürfte die Regierung unter Präsident Châtamî in ihrer Kritik der Reformgegner mutiger werden. Es muss ihr alles daran liegen, einen Wahlboykott zu verhindern. Die Regierung hat in den letzten Monaten vermehrt Vorwürfe gegen das Justizsystem und die vom geistlichen Führer kontrollierten Organe erhoben und dürfte so ihre Popularität steigern wollen. Wenn die Reform der Wächterratsprivilegien scheitern sollte, bliebe der Regierung entweder übrig, Missstände im Lager der Reformgegner aufzudecken und sie für Misswirtschaft und Korruption verantwortlich zu machen, oder ein Referendum zu organisieren (das allerdings der Zustimmung des Revolutionsführers 'Alî Châmene'î bedürfte). Bisher wurde die geistliche Führung zwar durch ranghohe Vertreter des Klerus stark kritisiert, doch die Regierung hat davon bisher abgesehen. Sollte sie nun zu einer Strategie der öffentlichen religiösen Delegitimierung der geistigen Führung übergehen und so die Unvermeidbarkeit von Reformen aufzeigen, könnte ein Wahlboykott unwahrscheinlicher werden.

Es besteht aber weiterhin die Möglichkeit, dass der Wächter- (oder theoretisch der in solchen Fällen vermittelnde Schlichtungs-) Rat einem Kompromiss zustimmt und die

Ein Problem bedrängt mich, fragen
will ich danach die Gelehrten
Warum jene nie bereuen,
die befehlen Reu' so strenge?!

Scheint es doch, als ob sie selber
an den Tag des Rechts nicht glaubten
Die im Recht, statt es zu wahren
schlagen über alle Stränge!

(Hâfez, Übers. J. Ch. Bürgel, 51)

Parlamentswahlen weiter öffnet. In dieser etwas entspannteren politischen Lage würde sich die Aufmerksamkeit wohl rasch anderen Themen zuwenden, die einer Lösung harren, etwa der Reform des Justizsystems und der Wirtschaft. Auch in diesem Kompromiss-Szenario wären die institutionell angelegten Konflikte nicht behoben und würden im Hinblick auf die Wahl von Châtamîs Nachfolger im 2005 (er selbst

kann nicht ein drittes Mal gewählt werden) ihre Brisanz behalten. Der Präsident hat vom Parlament verlangt, dass ihm die effektive Aufsicht mit Sanktionsmöglichkeit über das verfassungsgemässe Handeln aller staatlichen Gewalten übertragen werde (siehe hier Guldemann, S. 16), was vor allem für den Justizapparat unannehmbar erscheint. Die Chancen, dass die Reformer die Präsidentschaftswahlen gewinnen können, wären deutlich grösser, wenn sie mit einem Erfolg gegen den konservativen Justizapparat aufwarten könnten.

Alle Szenarien werden mitbeeinflusst durch den Gang der iranischen Wirtschaft. Die grundlegende Auseinandersetzung zwischen Befürwortern und Gegnern politischer Reform und den dezidierten Säkularisten, die das gesamte System ablehnen, hat das wirtschaftliche Potenzial des Landes teilweise brach liegen lassen. Jede künftige Regierung wird mit einem hohen Anteil an gut ausgebildeten Arbeitslosen rechnen müssen. Ein Ende der wirtschaftlichen Sanktionen der USA, die sich indirekt auf andere potenziellen Investoren auswirkt, würde dem Land einen Entwicklungsschub geben. Deswegen wird jede Regierung, die in diesem Bereich Fortschritte erzielen kann, einen Bonus davontragen können.

Die Zukunft Irans wird durch die Haltung des weltweiten Agendasetters USA beeinflusst. US-Exporte auf den iranischen Markt sind (mit Ausnahme der Tabakindustrie) vernachlässigbar. US-Firmen, die Geschäftsbeziehungen zu dem Land unterhalten, geraten unter vermehrten Druck öffentlicher amerikanischer Institutionen.⁵³ Die Handelspartner Irans sind Europa und Ostasien. Trotz der Sanktionen haben US-Exporte nach Iran zugenommen und Teile der US-Industrie wünschen sich einen besseren Zugang zum grossen iranischen Markt. In Washington verschaffen sich jedoch die Befürworter einer noch strengeren Sanktionspolitik vermehrt Gehör. Die US-Regierung hat wiederholt Befürchtungen über ein iranisches Atomwaffenprogramm geäussert und unterstreicht, dass Iran eine Bedrohung für die nationale Sicherheit darstelle. Zur Zeit sind im US Kongress zwei Gesetzesvorlagen hängig, die beide international überwachte Wahlen in Iran fordern. Eine der Vorlagen bestimmt, dass keine Waren aus Iran in die USA eingeführt werden dürfen und droht internationalen Organisationen, die Iran finanzielle Unterstützung gewähren, mit dem Abzug von Beiträgen in gleicher Höhe. US-Präsident Bush hat der Regierung Mohammed Châtamîs faktisch die Legitimität abgesprochen. Die Delegitimierung der gewählten iranischen Regierung schwächt den Präsidenten und jene Kreise in Teheran, die einen offenen Dialog mit den USA befürworten. Damit könnte sie indirekt die Reformgegner stärken und es ist nicht auszuschliessen, dass sich die geistliche Führung unter amerikanischem Druck selbst zu vereinzelten Konzessionen entscheidet, um ihre Macht zu sichern. Zudem dürfte ein übermässiges Drängen aus den USA manchem Reformwilligen die Hände binden, wenn er nicht als Vertreter der „fünften Kolonne“ verschrien werden will.

Überdies muss westliche Iranpolitik sich daran erinnern, dass Iran Versuche, die westlich-universalistische Moderne zu übernehmen, gekannt und zurückgewiesen hat. Dies ist nicht immer aus einem Verteidigungsreflex geschehen, sondern auch aus dem Bewusstsein, dass eigene Erfahrungen bereichernd in die Gestaltung der Welt eingebracht werden können. Nationalismus und Religion sind Bestandteil der moder-

⁵³ Siehe etwa zu Halliburton http://www.comptroller.nyc.gov/press/2003_releases/pr03-03-027.shtm, 20. 3. 2003.

nen iranischen Identität, für die die islamische Revolution gekämpft hatte und die nicht preisgegeben werden wird.

1906 brachte ein von Sozialdemokraten über Bauern zu radikalen Predigern, von Persern über Azeris zu Armeniern reichendes breites Segment der Bevölkerung die Konstitutionelle Revolution hervor, die im ersten iranischen Parlament gipfelte. Die Vision eines säkularen, demokratischen Staats nahm ihren Anfang. An ihrem hundertsten Geburtstag dürfte sie in Reichweite gelangt sein. „With other words Iran is very close to a liberalization. The only way to prevent Iran from liberalization is to attack it.“ (Amitai Etzioni)

Weiterführende Literatur

Âl-e Ahmad, Jalal: *Gharbzadegi [Weststruckness]*. Translated by John Green and Ahmad Alizadeh. Costa Mesa, CA 1997.

Hafis: *Gedichte aus dem Diwan*. Ausgewählt und herausgegeben von Johann Ch. Bürgel. Stuttgart 2001.

Halm, Heinz: *Der schiitische Islam. Von der Religion zur Revolution*. München 1994.

Hedayat, Sadeq: *Die blinde Eule*. aus dem Persischen von Bahman Nirumand. Frankfurt 1993.

Kinzer, Stephen: *All the Shah's Men. An American Coup and the Roots of Middle East Terror*. Hoboken, N.J. 2003.

Maleki, Abbas: „Decision Making in Iran's Foreign Policy: A Heuristic Approach“. in: *Journal of Social Affairs* 19 (73), 2002, 39-59.

Meier, Fritz: „Chomeinis Gottesstaat“.
<http://www.ub.unibas.ch/spez/meier/volltext/gottesstaat.htm>

Mottahedeh, Roy: *The Mantle of the Prophet. Religion and Politics in Iran*. Verschiedene Ausgaben, 1985.

Satrapi, Marjane: *Persepolis*. 3 Comic-Bände. Paris 2000 – 2002.

~ — TM

Iran als Objekt – Kurzbibliografie zur Iranforschung in der Schweiz

Nicht nur in Form von Perserteppichen und Kaviar hat Iran das Interesse von Schweizern wecken können, sondern in den verschiedensten Formen kulturellen Ausdrucks. Hier folgt ein kurzer und unvollständiger bibliografischer Überblick über die in der Schweiz oder von Schweizern geleistete Arbeit an der Kenntnis verschiedener Aspekte Irans.

Die Forschung geht heute an verschiedenen Universitäten und Instituten der Schweiz, aber auch dank der Initiative von Privatpersonen weiter.⁵⁴ Persisch kann unter anderem an den Universitäten Basel, Bern und Zürich studiert werden. Bestände an persischen Büchern befinden sich vor allem an den Universitäten Basel und Bern, aber auch am Institut suisse de droit comparé in Lausanne und in der Fondation Mossadegh in Carouge..

Auswahlbibliographie

Reisen

Nicolas BOUVIER (1929-1998)
L'usage du monde. Genève 1963.

Walter MITTELHOLZER (1894-1937)
Persienflug. Zürich 1926.

Annemarie SCHWARZENBACH (1908-1942)
Das glückliche Tal. Frauenfeld 1987.
Tod in Persien. Basel 1995.

Religion

⁵⁴ Siehe etwa <http://www.banki.ch/person/publication/index.html>

Johann Christoph BÜRCEL, emeritierter Professor für Islamwissenschaft an der Universität Bern
The Feather of Simurgh. The "licit magic" of the arts in Mediaeval Islam. New York 1988.

Richard GRAMLICH, emeritierter Professor für Religionsgeschichte
Die schiitischen Derwischorden Persiens. 3 Bände, Wiesbaden 1965-1981.

Hermann LANDOLT, emeritierter Professor für Islamwissenschaft an der McGill Universität, Montreal. Senior Research Fellow, Institute for Ismaili Studies in London
Correspondence spirituelle échangée entre Nuroddin Esfarayeni et son disciple 'A-laoddawleh Semnani. Publié par Hermann Landolt. Teheran 1972.
Nûruddîn Abdurrahmân-i Isfar'ayinî: *Le révélateur des mystères.* Texte persan ... une traduction et une introduction par Hermann Landolt. Lagrasse 1986.

Fritz MEIER (1912-1998), 1949 – 1982 Professor der Islamwissenschaft an der Universität Basel
Abû Sa'îd-i Abû l-Hayr. Wirklichkeit und Legende. Leiden 1976. Persische Übersetzung Teheran 1999.
Bahâ'-i Walad. Grundzüge seines Lebens und seiner Mystik. Leiden 1989. Persische Übersetzung im Druck.

Gudrun SCHUBERT, Islamwissenschaftlerin an der Universität Basel.
Annäherungen. Der mystisch-philosophische Briefwechsel zwischen Sadr-du-dîn-i Qonawî und Nasîr-du-dîn-i Tûsî. Edition und kommentierte Inhaltsangabe von Gudrun Schubert.

Geschichte, Ethnologie

Johann Christoph BÜRCEL, emeritierter Professor für Islamwissenschaft an der Universität Bern
Iran im 19. Jahrhundert und die Entstehung der Bahâ'-Religion. Herausgegeben von Johann Christoph Bürgel u.a.. Hildesheim 1998.
Allmacht und Mächtigkeit. Religion und Welt im Islam. München 1991.

Micheline CENTLIVRES-DEMONT, Ethnologin, Universität Neuchâtel
Une communauté de potiers en Iran. Le centre de Maybod (Yazd). Wiesbaden 1971.

Gerold WALSER (1917-2000), 1953 – 1978 Professor für Alte Geschichte an der Universität Bern.
Hellas und Iran. Studien zu den griechisch-persischen Beziehungen vor Alexander. Darmstadt 1984.

Sprachwissenschaft

Georges REDARD, emeritierter Professor für historisch-vergleichende Sprachwissenschaft an der Universität Bern
Atlas linguistique de l'Iran. Questionnaire normal. Bern 1960.
La Perse (Iran). Zürich 1966.

Dichtung und Literatur

Johann Christoph BÜRCEL, emeritierter Professor für Islamwissenschaft an der Universität Bern
Dschalaluddin Rumi: *Licht und Reigen: Gedichte aus dem Diwan des grössten mystischen Dichters persischer Zunge.* Ausgewählt, übertragen und erläutert von Johann Christoph Bürgel. Bern 1974.
Hafis: *Gedichte aus dem "Diwan".* Ausgewählt und herausgegeben von Johann Christoph Bürgel. Stuttgart 1977, Neuauflagen.
Nizami: *Chosrou und Schirin.* Übertragung aus dem Persischen ... von Johann Christoph Bürgel. Zürich 1980.
Nizami: *Das Alexanderbuch.* Übertragung aus dem Persischen ... von Johann Christoph Bürgel. Zürich 1991.
Dschalaluddin Rumi: *Traumbild des Herzens. Hundert Vierzeiler.* Ausgewählt, aus dem Persischen übertragen, eingeleitet und erläutert von Johann Christoph Bürgel. Zürich 1992.
Nizami: *Die Abenteuer des Königs Bahram und seiner sieben Prinzessinnen.* Aus dem Persischen übertragen und herausgegeben von Johann Christoph Bürgel. München 1997.

Mohammed Ali DSCHAMALZADE (Djamalzadeh, Jamalzadeh) (ca. 1892-1997), Jurist und Schriftsteller, seit 1931 in Genf.
Friedrich Schiller: *Wilhelm Tell.* Persische Übersetzung. Teheran 1970.
Once Upon A Time. Übersetzt von Heshmat Moayyad und Paul Sprachmann. Boulder, Colorado 1985.
Im Garten des Hâdschis. Persische Erzählungen. Herausgegeben von Touradj Rahnema. Frankfurt 1993.

Rudolf GELPKE (1928-1972), Islamwissenschaftler, lehrte an den Universitäten Teheran, Bern und UCLA; Schriftsteller (1963 – 1971 in Iran)
Persisches Schatzkästlein: Geschichten des Orients, den Quellen nacherzählt und illustriert mit acht bisher unveröffentlichten Miniaturen. Basel 1957.
Nizami: *Die sieben Geschichten der sieben Prinzessinnen.* Aus dem Persischen verdeutscht und herausgegeben von Rudolf Gelpke. Zürich 1959, Neuauflagen.
Persische Meistererzähler der Gegenwart. Ausgewählt und aus dem Persischen übersetzt von Rudolf Gelpke. Zürich 1961.
Nizami: *Leila und Madschnun.* Zum erstenmal aus dem Persischen verdeutscht ... von Rudolf Gelpke. Zürich 1963, Neuauflagen.
Naqib al-Mamalek: *Liebe und Abenteuer des Amir Arsalan.* Erstmals aus dem Persischen übersetzt von Rudolf Gelpke. Zürich 1965.
Vom Rausch im Orient und Okzident. Stuttgart 1966, 1995.

Neue Liebesgeschichten aus "Tausendundeine Nacht". Erstmals den Persischen Quellen nacherzählt von Rudolf Gelpke. Zürich 1984, Neuauflagen.

Benedikt REINERT, emeritierter Professor für Islamwissenschaft an der Universität Zürich

Hâqânî als Dichter. Poetische Logik und Phantasie. Berlin 1972.

~ — TM

Iran – einige Daten

Für Wirtschaftsdaten siehe den Artikel von Pascal Muller, S.36 – 39

Name	Islamische Republik Iran
Fläche	1.6 Mio km ²
Bevölkerung (2002)	ca. 65.5 Mio ^a
Bevölkerungswachstum 2002	1.7% ^b
Geschätztes durchschnittliches Bevölkerungswachstum (2000-2015)	1.4% ^e (1975-2001: 2.7%)
Städtische Bevölkerung	64.7% ^e
Lebenserwartung bei Geburt (2001)	69.8 Jahre ^e (1975-2001: 55.3)
Sprachen	Persisch, Türk Sprachen, Kurdisch, Arabisch
Bevölkerungsgruppen	51% Perser, 24% Azeris, 8% Gilakis, Mazandaraner, 7% Kurden, 3% Araber, je 2% Lur, Belutschen und Türkmene
Kalender	Sonnenjahr nach der Auswanderung Mohammeds nach Medina (622, <i>hidschra</i>). Der Jahresbeginn fällt meist auf den 21. März.
Religionen	89% Schiiten, 10 % Sunniten, 1% Zoroastrier, Juden, Christen, Bahâ'is
Alphabetisierungsrate	ca. 79% ^a
BIP pro Kopf \$	1710 ^d
BIP pro Kopf (PPP) \$	6340 ^d
Arbeitslosigkeit	16% ^c
Studienabgänger nach Geschlecht	56% Männer, 44% Frauen ^a
Frauenwahlrecht seit	1963
Frauen im Parlament	4.1% ^e (Durchschnitt weltweit: 15.2%, Ägypten: 2.4%; Türkei 4.4%; Syrien 12.0%; Frankreich 12.2%; Schweden 45.3% ^f , Schweiz 21.75 % ^g

Frauen in der Regierung (Ministerniveau)	9.4%
Internetnutzer	über 1 Million

Quellen

^a Statistical Centre of Iran

^b Central Bank of the Islamic Rep. of Iran, Economic Research & Policy Department

^c IMF Country Report

^d Weltbank, World Development Indicators database, Juli 2003. (Gross National Income und Purchasing Power Parity)

^e UNDP, Human Development Indicators 2003

^f Inter-parliamentary Union, Mai 2003

^g Das Schweizerische Parlament

